Gelbwesten: Rot oder braun?

Die Analyse des Aufstands. Seiten 10-11



öffentlich. Jetzt bekam sie den

Prix Engagement der Unia. Seiten 4-5



LINKS ODER RECHTS?

Sind die gelben Westen rot oder braun? Eine Frage, die umtreibt. Sind die Gilets jaunes bloss ein randalierender Haufen autoverrückter Wutbürgerinnen und -bürger? In den Fussstapfen der rechtsextremen Marine Le Pen? Oder sind sie eine soziale Bewegung gegen Macrons forcierte neoliberale Politik? Gegen seinen Sozialsadismus? Der «Präsident der Superreichen» kann es nicht lassen, die kleinen Leute als arbeitsscheu zu beschimpfen. Sind

<u>Die Gilets</u> <u>jaunes sind</u> <u>eine soziale</u> Revolte.

die Gilets jaunes also ein Aufstand gegen Macrons Klassenhass? Eindeutig, schreibt Frankreich-

Spezialist Oliver Fahrni im grossen work-Dossier (Seiten 10–11). Eine soziale Revolte, die sich zudem rasant politisiere: «Was mit einem Blog gegen die Dieselsteuer begann, wurde in wenigen Wochen zur Forderung nach mehr Kaufkraft, dann zur Kritik an der Ungleichheit in der Gesellschaft.» Immer lauter fordern die Gilets jaunes inzwischen neue Volksrechte.

UNTER DRUCK. Sie sind um die 45, mehrheitlich Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Kleingewerbler. Ihre ökonomische Situation hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. Ihre Löhne und Jobs sind unter Druck. Umfragen zeigen: Die Gilets jaunes fühlen eher links, wählen tendenziell aber rechts. Um den verhassten Macron los zu werden, würden sie Le Pen in Kauf nehmen. Seit er ihnen mit hemmungsloser Repression kommt, sowieso. Die Gelbwesten halten auch nichts von den Sozialisten. Macron-Vorgänger und Sozialist François Hollande war schliesslich selber Sozialabbauer – und Macron sein Wirtschaftsminister.

NICHTS VERSTANDEN. Auch in Italien blies Matteo Renzis Mitte-links-Regierung zwischen 2014 und 2016 zum Angriff auf die Sozialsysteme. Und auch in Italien sahen die Leute ihre Löhne und Renten schrumpfen. Sie fühlten sich in der Krise von links bis rechts verraten. Also gingen sie hin und wählten ganz rechts. Jetzt herrscht in Italien ein «aggressives, rassistisches» Klima. Das sagt die abtretende Chefin der grössten italienischen Gewerkschaft CGIL, Susanna Camusso, im work-Interview (Seite 12). Die Grande Dame der italienischen Gewerkschaften attackiert aber auch die einst so stolze italienische Linke: «Sie hat vieles nicht verstanden.» Etwa, was es heisse, den Job zu verlieren. Arbeitslos und verunsichert zu sein. In Italien und in Frankreich liegen die Sozis deshalb matt im Graben. Viele hoffen nun auf die Gewerkschaften. Sie möchten Rassist Matteo Salvini das Grossmaul stopfen. Und ihren Annäherungskurs an die Gilets

jaunes beschleunigen.

Klimawandel: 16jährige Schwedin löst Jugendbewegung aus

Wegen Greta drehen die Rechten durch

Greta Thunberg ist das neuste Feindbild der Rechten und der Klimawandel-Leugner. Grund: Sie mobilisiert Schülerinnen und Schüler weltweit.

CLEMENS STUDER

Seit dem letzten Sommer organisiert Greta Thunberg in Schweden Schulstreiks gegen den Klimawandel. Thunberg hat das Aspergersyndrom, wie sie selbst öffentlich gemacht hat. Das ist eine leichtere Form von Autismus. Menschen mit dem Aspergersyndrom sind extrem fokussiert auf ihre Themen. Sie wollen alles wissen - und wissen es irgendeinmal auch. Wenn sie zu ihren Themen reden, sind sie sehr analytisch und sehr konzis. Die Rede von Thunberg vor dem Uno-Klimagipfel im polnischen Kattowitz im letzten Dezember ist ein Paradebeispiel dafür.

EINE SYSTEMFRAGE

Ihre Rede ging viral – löste in Europa und Australien eine Bewegung aus, und das WEF lud Greta nach Davos ein. Auch in der Schweiz streikten in den letzten Wochen Zehntausende von Schülerinnen und Schülern. Zur zusätzlichen Mobilisierung trug dabei die harte, rechte Mehrheit im Nationalrat bei, die dem CO₂-Gesetz sämtliche Zähne gezogen hatte und es trotzdem versenkte. Die Streikenden riefen: «Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut» und «System change not climate change», Systemwandel, nicht Klimawandel. Denn es geht um mehr als ein paar Gesetzesänderungen und technische Massnahmen. Es braucht auch Klimagerechtigkeit. Klimagerechtigkeit bedeutet, dass nicht nur die Klimagasemissionen reduziert werden, sondern auch, dass die Hauptverursacher die Kosten übernehmen sollen - und sie nicht auf die Ärmsten abgewälzt

Denn die Klimaschutzpolitik ist – wie alle Politik – auch eine Klassenfrage. Bereits 2015 ergab

Sandra Künzi lebt und büglet in Bern.

Sie mag Jassen,

sie sich und uns

auf den Frauen-

2019 vor: Ahoi!

streik vom 14. Juni

Schafe, Feuer und

Bier. Zurzeit bereitet



GRETA THUNBERG: Die Klimaschützerin redet Klartext – und erntet dafür rechte Hetze. FOTO: GETTY

eine Studie der Entwicklungsorganisation Oxfam (gibt's hier: **rebrand.ly/klimagerechtigkeit):** Die reichsten 10 Prozent der Menschheit sind für

die

der

Hälfte

Emissionen

verantwort-

lich. Die är-

mere Hälfte

der Mensch-

 CO_2 -

SVP-Politikerin: Lieber Trickfilm statt Studien.

heit verursacht dagegen nur 10 Prozent des CO_2 -Ausstosses.

Zwar wächst der Ausstoss klimaschädlicher Treibhausgase vor allem in den Schwellenländern des globalen Südens, entsteht aber zum grössten Teil bei der Produktion von Waren, die in den Ländern des globalen Nordens konsumiert werden. Besonders bitter: die ärmere Hälfte der Menschheit leidet zudem besonders unter den Folgen des Klimawandels wie Unwettern, Dürren und dem Ansteigen des Meeresspiegels. Auch darauf hat Greta Thunberg in ihrer weltweit beachteten WEF-Rede

hingewiesen. Zu viel für die rechten Leugner des Klimawandels. Sie iaulen: Was erlaubt sich dieses «Mädchen»? Was erlauben sich diese Schülerinnen und Schüler? Ein in Plastic verpacktes Sandwich habe Greta auf ihrer Zugfahrt von Schweden nach Davos gegessen! Oder: Sie sei gar nicht mit dem Zug gekommen, sondern in Wahrheit mit dem Flieger! Überhaupt sei sie das Opfer einer finsteren Verschwörung der Linken, die mit einem behinderten Kind auf Spendenfang gingen. Und die streikenden Schülerinnen und Schüler seien von linken Lehrerinnen und Lehrern aufgehetzt und zum Streik angestiftet worden.

SVP-SCHULUNGSFILM

Dieser Unsinn war auch in der Schweiz zu hören und zu lesen, unter anderem im SVP-Blatt «Weltwoche».

Neben den Bösartigkeiten, Lügen und Hetzereien gibt es vom rechten Rand auch Beiträge, die der Erheiterung dienen könnten, wären sie nicht so tragisch. In diese Abteilung gehört die Wortmeldung der Aargauer SVP-Grossrätin und Nationalratskandidatin Nicole Müller-Bodmer. Sie beschrieb auf Twitter ihre trümlige Vorstellung von Klimaunterricht: «Wenn die Kinder den Film «Ice Age» kennen und sehen, dass es eine Eiszeit gab, und in einem weiteren Teil gezeigt wird, wie die Eiszeit wieder verschwand, und sie sehen, dass es da noch keine Autos gab oder Industrie, werden sie auch sehen, dass es immer schon einen Klimawandel gab.»

LINKS ZUM THEMA

Die ganze Davoser Rede von Greta Thunberg: rebrand.ly/greta-wef

Ihre Rede vor dem Uno-Klimarat: rebrand.ly/greta-uno

Der Schweizer Klimastreik auf Facebook: www.facebook.com/klimastreikschweiz/

Alles zur Klimademo vom 2. Februar:

Bonus: Trailer des SVP-Schulungsfilms zur Klimapolitik **rebrand.ly/svp-klima**

Für Geld statt Pralinés!

Mein Lieblingslied ist Sinas Song vom Sohn vom Pfarrer mit «schiine Öigä». Und weil es der Sohn vom Pfarrer ist, ist das ganze «Beriäru und Värfiäru» (Berühren und Verführen) natürlich noch viel aufregender als bei Normalsterblichen. Sina singt das so gut, dass man sofort gern dabei wär, wenn sie mit ihm «ämbrüf an u» Waldrand geht. Nur der Herrgott weiss was «dä isch gscheh» – und wir! Der Pfarrer hat glaub nicht würkli etwas dagegen, weil der ist ja am Süfflä bei den Eltern von der Tochter und ganz zufrieden. Zum Glück gab's auch kein Uneheliches, weil dann hört der Spass auf.

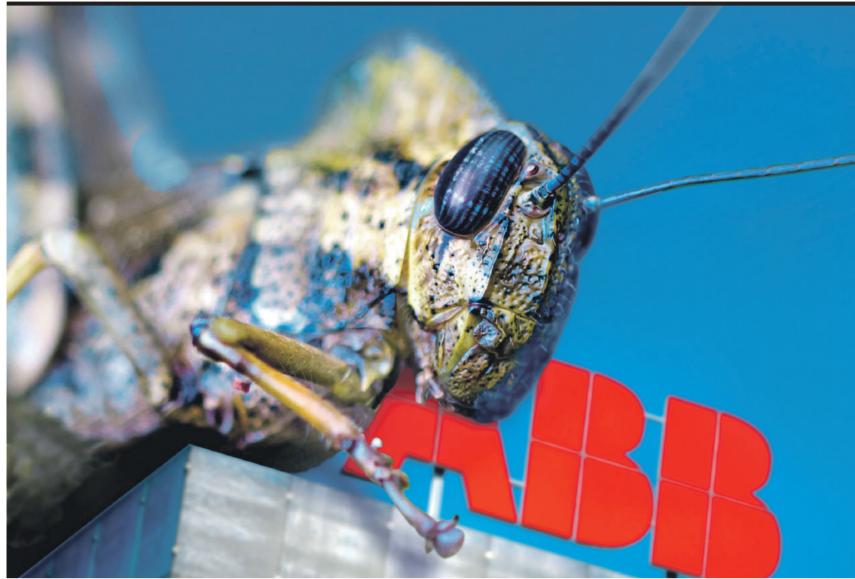
STINKWÄSCHE. Sina ist super: Seit 25 Jahren ist sie voll derbii i de Schwiizer Musig. Drum bekommt sie jetzt einen Preis, den «Outstandig Achievement Award». Komischer Name! Tönt wie Aussenseiterpreis. Drum dachte ich erst, das ist jetzt sicher wieder so ein «Prix Tampon». So ein Spezial-Frauenpreis, damit die Frauen auch mal was bekommen.

So öppis wie Muttertag. Ein chläbrig-süesses Trostpflästerli für die unbezahlte Arbeit im ganzen Jahr, wo man noch angegriffen wird, wenn man sagt, Putze, Choche & Chind ist auch Arbeit. Üüü, da gehen sie dann wieder auf die digitale Barrikade die alten (und jungen) Seck, die meinen, eine Frau macht von Natur aus gern Stinkwäsche, und sie freut sich über ein trümliges Bluemestrüüsli und Pralinés mit der Piemontkirsche.

HÜÄRÄ FROH. Aber dann hab ich gesehen, dass vor Sina schon sieben Mannli diesen Outstanding-Dings bekommen haben: Polo,

Drum dachte ich erst, das ist so ein «Prix Tampon». Züriwest, de Pesche Reber, de Resli Volleweider, Yello, Krokus und dr Bobo. Das ist also ein amtlicher

Preis und kein Prix Mitleid-mit-de-Fraue. Glück gha! Nume schad, dass erst 7 Männner händ müesse gwinne, bevor dänn ändlich 1 Frau. 7:1. Das alte Lied! Wenigstens bekommt Sina den Preis noch vor däm mit de Chüe («d Heidi schüttlet ihri Zöpfli und lüpft ihres Röckli») und vor däm mit de Schwän («Heiraten ist ein Frauending»). Da ischmer scho hüärä froh, gäll?



PLAGE: Wie Heuschrecken fallen die Aktionäre über ABB her und hinterlassen eine Einöde. Fotos: Keystone, Getty/Montage: Work

ABB wird zerlegt, Aktionäre machen Kasse

Der «Schlächter von Stockholm»

lich, weil er mit

Wallenberg und

Voser im Verwal-

tungsrat gemein-

same Sache ma-

Und Spiesshofer

konnte.

Bei ABB zittern Tausende um ihren Job. Der Konzern ist zum Opfer einer Heuschrecke geworden.

Lange wehrte sich ABB-Chef Ulrich Spiesshofer gegen die Aufspaltung: Das sei falsch, bringe nichts und zerstöre nur Synergien. Jetzt aber verkauft er das Herzstück des Konzerns, das Geschäft mit den Stromnetzen, an Hitachi. Die Demontage des Industrie-Flaggschiffs Schweizer wird Tatsache.

Spiesshofer sagt jetzt, man müsse mit der Zeit gehen und sich auf die «Industrie 4.0» konzentrieren, das heisst, auf die Automatisierung. Er entpuppt sich damit als Wendehals. Und zeigt, dass das, was ein CEO verkündet, nur so lange gilt, als es seinen Kapitalgebern passt. Drei Leuten passte es nicht mehr:

- Lars Förberg (53): Der Schwede ist Chef des aggressiven Fonds Cevian Capital. Seine Devise heisst: Firmen aufkaufen, zerlegen und Kasse machen. Cevian hält gut 5 Prozent der ABB-Aktien. Förberg sitzt seit einem Jahr im ABB-Verwaltungsrat.
- Jacob Wallenberg (63): Der Chef aus der reichsten schwedischen Industriellenfamilie hält mit seiner Investor AB zehn Prozent der ABB-Aktien.
- Peter Voser (60): Der Verwaltungsratspräsident ist die graue Eminenz bei ABB. 2002 rettete er als Finanzchef das Unternehmen aus der Krise. Danach krempelte er den Ölriesen

Der Spitzname von Cevian lautet «Schlächter von Stockholm». Die-

sem Ruf wird der Fonds auch bei ABB gerecht. Vor vier Jahren stieg Förberg mit Aktienkäufen ein. Sogleich forderte er die Aufspaltung. Der Konzern sei nicht rentabel genug. Dabei steigerte ABB noch 2017 den Gewinn auf 2,2 Milliarden Dollar, 17 Prozent mehr. Jetzt ist Förberg am Ziel, ABB wird zerlegt. Das war aber nur mög-

Vom Erlös aus dem Verkauf geht kein Rappen chen zu ABB.

mit Umstrukturierungen reits vorspurte. Am Schluss musste der CEO die Aufspaltung in der Öffentichkeit nur noch als Sprung in die digitale Zukunft gut verkaufen.

KAHLGEFRESSEN

ABB ist Opfer einer Heuschrecke geworden. So heissen Finanzritter, die auf schnellen Profit aus sind. Was mit den ausgenommenen Firmen geschieht, kümmert sie wenig. Hauptsache, es fallen fette Millionen ab. Auch hier. Förberg, Wallenberg & Co. haben durchgesetzt, dass der Erlös aus dem Verkauf zu hundert Prozent in die Taschen der Aktionäre geht, also in die eigenen. Und kein Rappen ins Unternehmen. Die Beute beträgt gemäss Deal 7,8 Milliarden Dollar. Es könnten sogar noch mehr werden, wenn ABB sämtliche Aktien der Stromnetzsparte abstösst. Bis jetzt sind es nur 80,1 Prozent.

So läuft heute der Finanzkapitalismus. Ein Ex-ABB-Mann sagt: «Der Wahnsinn ist, dass Minderheitsaktionäre ein Unternehmen einfach filetieren können.» Auch Patrons vom alten Schlag wie Edwin Somm (85) bleibt die Luft weg. Für den früheren ABB-Chef und einstigen Präsidenten

der Maschinenindustriellen ist das «Kapitalismus in Reinform», wie er Medien sagte. ABB ist ein Lehrstück. Wenn sich neues Kapital (Cevian) mit der alten Geldaristokratie (Wallenberg) verbündet, sind selbst Grosskonzerne geliefert. Cevian ist mit 13,5 Milliarden Dollar die viertgrösste Heuschrecke der Welt. Sie operiert mit dem Vermögen von Reichen und von Pensionskassen. Auch die Zürich-Versicherung ist dabei. Förberg sitzt mit seinem Stab in Pfäffikon SZ. Nach Angaben des Wirtschaftsmagazins «Bilanz» soll er pro Jahr einen dreistelligen Millionenbetrag einstreichen.

WEITER FILETIEREN

Und was passiert mit ABB? Spiesshofer gibt demnächst die Details der neuen Unternehmensstruktur bekannt. Sie ist bereits so ausgerichtet, dass jederzeit weitere Teile abgestossen werden können. Tausende Mitarbeitende weltweit zittern jetzt um ihren Job. Sie fragen sich, ob sie in der «New ABB» noch Platz finden. Spiesshofer hat letztes Jahr am Hauptsitz in Zürich bereits 500 Stellen gestrichen. Bessere Karten könnten jene Mitarbeitenden haben, die zu Hitachi wechseln. Der japanische Misch-

Die Beute beträgt rund **7,8 Milliarden** ABB-Werke in **US-Dollar.**

konzern übernimmt unter anderem auch die beiden Genf und im Tessin, Transformato-

ren für Züge gebaut werden (siehe Box). Zwar geben die Japaner keine Jobgarantien ab. Doch Hitachi ist auch ein Hersteller von Zügen. Beobachter meinen deshalb, dass es für die beiden ABB-Werke nur besser werden könne – falls die Übernahme rechtzeitig wirksam werde.

ABB Genf: Miese Stimmung bei den Mitarbeitenden

Entgegen der Ankündigung hat ABB im Werk in Meyrin GE bis jetzt keine Jobs ins polnische Lodz verlagert. Es ist von «Verzögerungen» und einem «Aufschub von 15 Monaten» die Rede (work berichtete). ABB hatte im November 2017 die Auslagerung von 150 Arbeitsplätzen des Transformatorenwerks angekündigt. Doch die



NICHT MIT UNS! ABB-Mitarbeitende protestierten 2017 gegen die Auslagerung von 150 Arbeitsplätzen.

Büezer wehrten sich: Sie liessen die Arbeit ruhen und führten eine «kollektive Konsultation» durch, um Vorschläge für den Erhalt ihrer Jobs auszuarbeiten. Mit Erfolg: Sie rangen so der ABB einen geringeren Stellenabbau, eine Fristerstreckung und einen besseren Sozialplan ab. Aber die Stimmung ist mies.

KRANK. Wegen der übervollen Auftragsbücher müssen sie seit Monaten Überstunden schieben, manche wurden auch krank oder haben gekündigt. Die Betriebsleitung sucht das Heil in schlechter bezahlten Temporärarbeitenden. Es gab auch einzelne Entlassungen. Die Unia verlangt eine sofortige Behebung der unhaltbaren Zustände. (rh)

Kinder arbeiten für CH-Firmen

OUAGADOUGOU. Schon Fünfjährige verdingen sich auf Baumwollplantagen in Burkina Faso. Sie jäten, säen und atmen giftige Pestizide ein. Für einen Tageslohn von einem Franken. Profiteure sind die **Rohstoffhändler Louis Dreyfus** SA in Genf (Umsatz: 43 Milliarden Dollar) und Reinhart AG in Winterthur (Umsatz: 700 Millionen Dollar). Sie gehören zu den grössten Baumwollkunden von Burkina Faso. Aufgedeckt hat das die Hilfsorganisation Solidar Suisse. Mit einer Petition fordert sie die Firmen auf, die Kinderarbeit sofort zu stoppen.

Neuer Asbestprozess in Italien

NEAPEL. Der Schweizer Industrielle und Ex-Eternit-Chef Stephan Schmidheiny muss erneut vor Gericht. Es geht um acht Asbesttote in Neapel. Schmidheiny soll Arbeiter und Anwohnerinnen der dortigen Eternitfabrik wissentlich dem tödlichen Risiko ausgesetzt haben. Die Eternit war bis Anfang der 1990er Jahre eine der grössten Herstellerinnen von Asbestprodukten. Das hochgiftige Material hat bis heute Tausende das Leben gekostet und die Umwelt verseucht. Auch in der Schweiz wurde die tödliche Faser jahrzehntelang verwendet.

Streit um längere Öffnungszeiten

FREIBURG. Eine Stunde länger shoppen: Das will die bürgerliche Mehrheit im Freiburger Kantonsparlament durchbringen. Neu sollen die Läden in Freiburg samstags bis um 17 Uhr offen haben. Das letzte Wort ist aber noch nicht gesprochen: Das Referendumskomitee, bei dem auch die Unia mitmacht, hat jetzt die nötigen Unterschriften zusammen. Der Kanton muss abstimmen lassen. In der Vergangenheit hat die Freiburger Bevölkerung immer «Non!» gesagt, wenn es um längere Öffnungszeiten ging.

Kleiderwechseln ist Arbeitszeit

ZÜRICH. Wer im Spital arbeitet, muss vor Schichtbeginn die Alltags- gegen Dienstkleider wechseln. Das dauert täglich 15 bis 20 Minuten. Für die Gewerkschaft VPOD ist klar: Das zählt als Arbeitszeit – und muss be-



UNGERECHT: Für den Verband Zürcher Krankenhäuser zählt das Umkleiden nicht zur Arbeitszeit.

zahlt werden. Der Zürcher Regierungsrat hat das kürzlich bestätigt. Doch der Verband Zürcher Krankenhäuser (VZK) stellt sich quer. Er findet das zu teuer. Der VPOD bereitet deshalb jetzt Lohnklagen vor. Über hundert Angestellte haben sich schon angeschlossen. Lenkt der VZK nicht ein, entscheidet wohl das

Deutschlands kämpferischste Putzfrau Susanne Neumann ist tot

«Das ist die verdammte **Ungerechtigkeit**»

Sie wirbelte jahrzehntelang mächtig Staub auf: «Putze» und Gewerkschafterin Susanne Neumann. Nun hat sie den Kampf gegen den Krebs verloren. Der Linken wird sie fehlen.

MICHAEL STÖTZEL

Vor gut zwei Jahren schien Susanne Neumann im Gespräch mit work zuversichtlich. Und machte eine für sie typische Bemerkung zu ihrer Krankheit: «Der Krebs ist männlich, und von einem Mann habe ich mir noch nie was sagen lassen.» Am 13. Januar ist sie verstummt. Mit 59 Jahren.

In ihren letzten Wochen hat die «Putze», wie sie sich selbst bezeichnete, noch aufgeräumt: Sie trat Anfang De-

> zember aus der SPD aus. Diese

Partei der «Schlips-

träger» habe ihr

«von Anfang an nicht so recht ge-

passt», sagte sie in

einem Interview.

Vergebens hatte

«Von einem Mann habe ich mir nie was sagen lassen.»

SUSANNE NEUMANN

sie wohl gehofft, mitzuhelfen, dass die Sozialdemokratie sich auf ihre Wurzeln besinne. Dass die Partei versuchen würde, die Arbeitsmarktreformen des SPD-Bundeskanzlers Gerhard Schröder, der «die eigenen Leute verraten» habe, zurückzudrehen. Und wenn das nicht gelinge, dass sie zumindest die Grosse Koalition mit der CDU aufkündigen würde.

Nach ihrem Tod schrieben praktisch alle deutschen Zeitungen noch einmal über sie. Und noch einmal kamen ihre Themen zur Sprache. Die 16 Millionen, die von Armut bedroht sind, weil sie nur befristete Arbeitsverträge haben oder als Leiharbeitende mit



UNBEIRRT: Susanne Neumann las der SPD-Prominenz immer wieder die Leviten. FOTO: DPA

Tiefstlöhnen abgespeist werden. Die Missachtung der Putzfrauen, auf die alle herabschauen. Neumann hatte das vor ihrer Erkrankung 38 Jahre lang selbst erlebt.

MINISTER «SCHWEINEPRIESTER»

In ihrer Gewerkschaft, der IG Bau, der sie seit 1984 angehörte, war sie unter anderem Bezirkspräsidentin, Leiterin der Bundesfachgruppe Gebäudereinigung und Mitglied der Bundestarifkommission. In einem Nachruf schreibt die Bundesfrauensekretärin Sylvia Honsberg: «Es gab Situationen, da habe ich mich über sie geärgert und gedacht: Hättest du doch einfach mal den Mund gehalten, Susi.» Gut möglich, dass Honsberg sich daran erinnerte, wie Neumann Schröders Arbeitsminister Wolfgang Clement wegen seines Leiharbeitsgesetzes als «Schweinepriester» beschimpfte. Die «Affäre Clement» gehörte zu einer ganzen Reihe von Ereignissen, bei denen Neumann kurzfristig Berühmtheit erlangte, um bald danach wieder aus der Öffentlichkeit zu verschwinden. So war es 2009 beim nationalen Putzfrauenstreik. Oder im Mai 2016, als sie auf der «Wertekonferenz Gerechtigkeit» der SPD dem damaligen Parteipräsidenten Sigmar Gabriel die politischen Leviten las (work berichtete).

Kurz vor ihrem Tod formulierte Susanne Neumann so etwas wie eine Bilanz ihres Lebens. Sie trat der Sammlungsbewegung «Aufstehen» der prominenten Linken Sahra Wagenknecht bei. Und sie begründete das so: «Wenn du einmal in der Scheisse hängst, kommst du aus eigenen Kräften nicht mehr raus. Das ist die verdammte Ungerechtigkeit.»

Genf: Reinigungsangestellte wehren sich für ihre Jobs

Der Chef schasst und verreist

Streiken statt die Büros der Privatbanker zu putzen: In Genf protestieren 15 Putzleute gegen ihre Entlassung.

CHRISTIAN EGG

Jeden Abend um sechs wird es laut an der Rue du Rhône in Genf. Sitz der umstrittenen Privatbank UBP. Für ein-

Finanzskandale, in welche die Bank immer wieder verwickelt war

HAUEN AUF DEN PUTZ: Ab sechs Uhr abends protestieren die Putzleute vor der Privatbank UBP.

Box). Es sind rund 15 Putzfrauen und -männer, die lautstark protestieren. Der Chef hat sie entlassen und tut jetzt alles, um zu verhindern, dass sie eine neue Stelle finden.

PERFIDES VERBOT. Aber der Reihe nach. 200 Millionen Gewinn hat die UBP im abgelaufenen Jahr gemacht. Offenbar mal geht es nicht um die noch nicht genug. Denn sie kündigt den langjährigen Vertrag mit der Putzfirma Orgapropre. Die Bank will sich nach einer günstigeren

Offerte umsehen. Daraufhin kündigte die Orgapropre im vergangenen November allen Angestellten, die bei der Bank putzen.

Besonders perfid: Eine Klausel im Orgapropre-Vertrag verbietet der Bank UBP und dem neuen Putzinstitut, ehemalige Orgapropre-Mitarbeitende weiter die Bankbüros reinigen zu lassen. Merita Elezi von

der Genfer Gewerkschaft SIT unterstützt die Streikenden. Sie sagt zu work: «Die UBP wäre bereit, die verhängnisvolle Klausel fallenzulassen. Aber Orga-

propre-Chef Pascal Masson weigert sich.»

Sieben Wochen lang hat die SIT versucht, mit Masson zu verhandeln. Ohne Resultat. Deshalb beschlossen die Reinigungsangestellten am 16. Januar den Streik. Seither streiken sie jeden Abend. Seit

Bank optimiert ihren Gewinn auf dem Buckel der Putzleute.

zwei Wochen herrscht nun Funkstille bei Orgapropre. Denn Chef Masson war in Thailand in den Ferien.

WEITERSTREIKEN. Auch die UBP verweigere jegliche Entschädigung der Entlassenen, sagt Gewerkschafterin Elezi. Stattdessen hätten die beiden Firmen Streikbrecher geschickt, um die Büros zu putzen. Und zudem Sicherheitsleute, die den Streik auflösen wollten. Die Bank dementiert, dass sie damit etwas zu tun habe. Und weiter: «Die UBP ist nicht für den Konflikt zwischen der Firma Orgapropre und ihren Angestellten verantwortlich.» Wie viel sie durch den Wechsel des Putzinstituts eingespart hat, will die Bank nicht sagen. Orgapropre will auf Anfrage nicht Stellung nehmen. Zwar hat Orgapropre unterdessen ei-

UBP: Skandal folgt auf Skandal

Die Genfer Union Bancaire Privée (UBP) gerät immer wieder ins Visier der Behörden. Vor drei Jahren musste sie unter Druck der US-Justiz einräumen, dass sie über 1200 Steuerbetrüger betreute. Sie kassierte eine Busse von 188 Millionen Dollar. Ein Jahr später war die UBP-**Tochtergesellschaft Coutts** in den Skandal um den malayischen Staatsfonds 1MDB verwickelt: 6,5 Millionen Franken Busse in der Schweiz wegen Geldwäscherei. Auch im Schmiergeldskandal um den brasilianischen Ölkonzern Petrobras taucht die UBP in den Akten auf. (che)

nen Teil der Kündigungen zurückgenommen. Und das neue Putzinstitut hat einige der Entlassenen eingestellt und wird sie für andere Aufträge einsetzen. Doch bei Redaktionsschluss stehen fünf Putzleute weiterhin auf der Strasse. Die Demonstrierenden nähmen das nicht hin, sagt Gewerkschaftsfrau Elezi: «Sie sind entschlossen, den Streik fortzuführen, bis alle wieder eine Stelle haben.»



Prix Engagement: Die Unia ehrt eine Pflegerin, eine Putzfrau und zwei Näherinnen

Diese Frauen haben geputzt!

Couragiert wehrten sie sich in ihrem Job für sich und für andere – und gewinnen jetzt den Prix Engagement der Unia. Wir gratulieren!

CHRISTIAN EGG UND ANNA LUISA FERRO

Für Alexandra Lino war rasch klar: «Wenn ich nichts mache, passiert nichts.» Und es musste etwas passieren. Denn die Zustände, welche die 46jährige Putzfrau im Zürcher Fünfsternhotel Marriott erlebte, waren «eine Katastrophe». Sie und ihre Kolleginnen hatten viel zu wenig Zeit, um die Zimmer gründlich zu reinigen. Mussten zum Beispiel aus Zeitnot die Gläser aus der Minibar und die WC-Bürste zusammen im gleichen Lavabo waschen, mit dem gleichen Putzlumpen. Arbeiteten regelmässig elf, zwölf Stunden am Tag ohne Essenspause. Und hatten ständig die Chefin im Nacken. Putzfrau Lino sagt: «Sie kam oft zu mir ins Zimmer und rief: Bist du fertig? Schnell, schnell! Du hast keine Zeit, mit der Kollegin zu sprechen!»

Also wehrte sie sich. Zuerst kontaktierte sie die Unia. Diese nahm das Problem auf, recherchierte weiter und machte im vergangenen Sommer mit einem Report die Zustände öffentlich (work berichtete). Der «Blick» schrieb über den «Ekel-Alarm in Schweizer Hotels», Alexandra Lino stand mit Foto hin. Marriott musste sich erklären.

Für ihren Mut und ihren Einsatz hat Lino jetzt von der Unia den diesjährigen Prix Engagement bekommen, zusammen mit drei anderen starken Frauen. Der Preis wird seit 2018 vom Dienstleistungssektor der Unia vergeben und zeichnet Mitglieder aus, die sich besonders für die Rechte der Arbeitnehmenden einsetzen. An der Preisverleihung in Bern sagte Unia-Präsidentin Vania Alleva: «Mit dem Preis wollen wir zeigen, dass es ganz viele gibt, die sich einsetzen - gerade auch im Dienstleistungssektor.» Dieser sei über weite Strecken nach wie vor eine «Gewerkschaftswüste», so die Unia-Chefin: «Es ist noch keine Selbstverständlichkeit zu kämpfen. Das wollen wir ändern.»

GEGENSEITIGER HALT

Ausgezeichnet wurde auch Silvia Dragoi (62) - stellvertretend für das Kollektiv der Tessiner Hauspflegerinnen. Rund um die Uhr sind sie für betagte Privatpersonen verantwortlich und «immer in einem Haus eingesperrt», wie es die Rumänin formuliert, die derzeit

eine 92jährige Frau mit Alzheimer betreut.Obwohl es schwierig ist, haben sich die Pflegerinnen im Tessin organisiert. Silvia Dragoi: «Zuerst waren wir nur eine kleine Gruppe.» Aber heute sind es 62 Personen, die sich in einer Whatsapp-Gruppe austauschen. Sie stellen auf Marktplätzen Stände auf, um ihren Beruf bekannt zu machen. Und sie treffen sich untereinander, um Geburtstage zu feiern oder Weihnachtslieder zu singen, wenn sie über die Festtage nicht heim-

Die meisten der Pflegerinnen sind über 50 Jahre alt. Ihre Familien haben sie im Herkunftsland zurückgelassen. Silvia Dragoi sagt: «Viele Mütter sehen ihre Kinder nur über Skype.» Eine Kollegin habe kürzlich ihren Sohn bei einem Arbeitsunfall in Rumänien verloren. Dragoi: «Wenn das Telefon klingelt, dann weisst du nie, was dich erwartet. Das ist unser Albtraum.» Jetzt geben sich die Frauen gegenseitig Halt und unterstützen sich, so gut es geht.

EIN ALBTRAUM

Noch etwas macht den Pflegerinnen das Leben schwer. Wenn die betreute Person stirbt, ist auch die Stelle weg. Pflegerin Dragoi sagt: «Unser Leben kann sich von einem Moment auf den anderen radikal ändern. Wir stehen dann auf der Strasse, ohne Arbeit und ohne Dach über dem Kopf.» Die Gruppe hat jetzt erreicht, dass Pro Senectute und Unia eine kleine Wohnung zur Verfügung stellen für Notfälle.

In Rumänien sei es normal, sich an eine Gewerkschaft zu wenden, sagt Dragoi. «So bin ich zur Unia gegangen, als ich in die Schweiz kam.» Und sie hat mit ihren Kolleginnen hier einiges erreicht, wie Giangiorgio Gargantini von der Unia Tessin sagt: «Als Kollektiv haben die Pflegerinnen die Gewerkschaft überzeugt, sich auf diesem Gebiet zu engagieren.» Jetzt wollen sie einen kantonalen Gesamtarbeitsvertrag. Gargantini: «Da sind wir mit Arbeitgebern und dem Kanton am Verhandeln.» Aber der Weg ist noch weit. Klar ist für den Unia-Mann: «Die Pflegerinnen sind mutige Frauen, und ihr Engagement soll mit diesem Preis gewürdigt werden.»

Anfang stand eine ernüchternde Er-

20 PROZENT WENIGER LOHN Es sind vier Frauen, die dieses Jahr den Prix Engagement der Unia erhalten. Das passt: 2019 ist das Jahr des Frauenstreiks. Eine der zentralen Forderungen ist Lohngleichheit. Und dafür kämpfen die Preisträgerinnen Françoise Robert* und Maria Tscharner* seit Jahren vor Gericht. Am

kenntnis, wie Robert berichtet: «Meine männlichen Kollegen gaben mit ihrem Lohn von 5000 Franken an. So habe ich gemerkt, dass ich 20 Prozent weniger verdiene.» Nämlich nur 4000 Franken. Dabei ist sie erst noch besser qualifiziert: Sie hat einen Lehrabschluss, die Männer nicht.

Françoise Robert arbeitete als Näherin bei der Luxus-Ladenkette Grieder. Mehrfach fordert sie den gleichen Lohn wie die Männer, bekommt ihn aber nicht. Stattdessen wird sie 2012 entlassen. Nur wenige Tage danach klagt sie gegen Grieder und verlangt rückwirkend die Lohndifferenz. Das war 2012. Das Gerichtsverfahren läuft noch immer. Stunden und Tage hat die 57jährige bereits Gerichtssaal im verbracht. Immer wieder neue Streit-

punkte habe Grieder hinzugefügt, um das Verfahren hinauszuzögern, «Unterdessen sind es mehr als tausend, unglaublich.» Doch sie lässt nicht locker.

Und hat jetzt eine Mitstreiterin: Die 56jährige Maria Tscharner arbeitet noch immer als Näherin bei Grieder, für 4083 Franken im Monat. Auch sie hat eine Lohnklage eingereicht aber bevor Grieder sie entlassen konnte, anders als Robert. Deshalb geniesst Tscharner jetzt Kündigungsschutz, solange das Verfahren läuft. Aber für sie ist klar: «Sobald die Sache entschieden ist, werden sie mich bestimmt entlassen.»

Immerhin gibt jetzt ein neutrales Gutachten den beiden recht: Bei Grieder besteht eine Lohndifferenz von 24 bis 33 Prozent. Das Unternehmen wollte danach die Sache mit einem Vergleich aus der Welt räumen und bot den beiden 40000 Franken als Entschädigung an sowie eine Lohnerhöhung für Tscharner: Statt 20 Prozent weniger als die Männer sollte sie, weil besser qualifiziert, künftig 12 Prozent mehr verdienen. Ungenügend, fanden die beiden. Tscharner: «Ich forderte mindestens 25 Prozent mehr Lohn als die Männer, das wäre gerecht.» Darauf hat Grieder nicht mehr reagiert. Jetzt wird das Gericht entscheiden. Irgendwann.

work gratuliert den vier couragierten Frauen und hofft auf viele Nachahmerinnen.





* Namen geändert

Fakten zum Schweizer Geld für Länder im Osten der EU

Wem nützt die «Kohäsionsmilliarde»?

Die europapolitischen Diskussionen drehen sich seit Monaten um eine weitere «Kohäsionsmilliarde» der Schweiz. work sagt, worum es geht.

CLEMENS STUDER

Die Schweiz ist nicht Mitglied der Europäischen Union. Aber sie leistet seit Jahren autonom Beiträge an die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in den osteuropäischen EU-Ländern. Dieser «Erweiterungsbeitrag» wird auch «Kohäsionsmilliarde» oder «Ostmilliarde» genannt. Jetzt will der Bundesrat einen neuen Erweiterungsbeitrag. Ein paar Fakten zur Diskussion.

Wie kam es zur ersten «Kohäsionsmilliarde»?

Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Europa erweiterte sich die EU nach Osten. Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Zypern und Malta traten alle 2004 der EU bei, es folgten 2007 Bulgarien und Rumänien und 2013 Kroatien. Man nennt sie auch die EU-13-Länder. Damit nahm das wirtschaftliche und soziale Gefälle innerhalb der europäischen Union weiter zu. Um dieses zu verringern, betreibt die EU ihre sogenannte Kohäsionspolitik (Kohäsion in diesem Sinne bedeutet «innerer Zusammenhalt»). Dafür gibt sie via verschiedene Fonds rund einen Drittel ihres Budgets aus.

Die drei grössten Fonds sind der «Kohäsionsfonds», der «Europäische Fonds für regionale Entwicklung» und der «Europäische Sozialfonds». Die Schweiz leistet daran keinen Beitrag. Aber sie vergrössert die für diese Ausgleichs- und Förderungspolitik zur Verfügung stehenden Mittel mit einem «Erweiterungsbeitrag». Das Volk stimmte diesem Vorgehen im November 2006 zu.

Wie funktioniert dieses Erweiterungsprogramm?

Die Schweiz beteiligt sich weder an der Kohäsionspolitik der EU, noch zahlt sie rungsbeitrag» (oder, weniger technisch, diplomatischer Ausdruck von Solidari- bewegungen besonders stark betrof- geht etlichen Linken gegen den Strich.



sind nach der **Osterweiterung** weiter gewachsen. Die Schweiz leistet einen kleinen Beitrag zur Verkleinerung. FOTO: GETTY

ANGLEICHEN: Die

schiede in der EU

sozialen Unter-

der «Ostmilliarde») finanziert die Schweiz autonom in den neuen EU-Mitgliedländern konkrete Projekte. Diese werden mit jedem Land bilateral

vereinbart, der

Finanzierungs-

entscheid liegt

bei der Schweiz,

und die Part-

nerländer müs-

sen mindestens

Die Schweiz zahlt nichts an die EU. Sie hilft autonom.

15 Prozent der Projektkosten selber finanzieren. Die Projekte werden von der Schweiz auch mit eigenen Büros vor Ort eng kontrolliert und begleitet. Die Schweiz bezahlt auch nicht «einfach» Gelder aus, sondern nur gegen zertifizierte Ausgabebelege und Fortschrittsberichte.

Warum macht die Schweiz das – und was bringt es ihr?

Die Schweiz nimmt als Nichtmitglied der EU und als Nichtmitglied des EWR aufgrund der bilateralen Verträge am europäischen Binnenmarkt teil und profitiert davon. Sie hat ein grosses Interesse daran, dass die EU funktiotät mit der EU-Kohäsionspolitik gegenüber den EU-13-Ländern. Gleichzeitig profitieren Schweizer Firmen.

Zwischen 2010 und 2015 haben kleine und mittlere Schweizer Unternehmen mindestens 580 Aufträge im Wert von mindestens zwei Milliarden aus EU-finanzierten Projekten in den EU-13-Ländern erhalten. Das zeigt eine unvollständige Umfrage. Unvollständig deshalb, weil Schweizer Firmen dem Bund gegenüber keine Meldepflicht für entsprechende Aufgaben haben. Die tatsächlichen Zahlen dürften noch höher sein. Zusätzlich gibt es auch direkte Rückflüsse aus dem Erweiterungsbeitrag in der Höhe von rund 10 Prozent der ausbezahlten Summe, dazu kommen 28 Patente aus Forschungspartnerschaften.

Warum will der Bundesrat jetzt einen neuen Erweiterungsbeitrag?

Als neuen Schwerpunkt hat der Bundesrat die Berufsbildung definiert. Dafür will er in den EU-13-Ländern 1,1 Milliarden einsetzen. Neu sollen 200 Millionen Franken auch an alte Gelder an die EU. Aus dem «Erweite- niert. Das Engagement der Schweiz ist EU-Länder gehen, die «von Migrations- und Migranten, belohnt werden sollen, letzt von den weiteren Entwicklungen

fen sind». Die Gelder sollen über zehn Jahre hinweg eingesetzt werden.

Wer sind die Gegnerinnen und Gegner des **Erweiterungsbeitrages?**

Seit eh und je dagegen waren die Abschotter von der SVP. Das Volk ist der Volkspartei aber in dieser Frage nie gefolgt. Gegen die rasche Auslösung der neuen «Kohäsionsmilliarde» sträuben sich jetzt auch Bürgerliche, die glauben, mit diesem Pfund gegenüber der EU noch weiter wuchern zu können in der Auseinandersetzung um den bilateralen Weg.

Warum gibt es jetzt auch Kritik von links?

In den vergangenen Jahren sind in zahlreichen EU-13-Ländern korrupte rechtsextreme bis offen faschistische Parteien an die Macht gekommen. Sie pfeifen auf die Menschenrechte und die europäischen Werte. Dass diese Regierungen für ihre menschenfeindliche Politik, insbesondere auch gegenüber Migrantinnen

Was sagt der SGB zur neuen «Ostmilliarde»?

In seiner Vernehmlassungsantwort stellt sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hinter den neuen Erweiterungsbeitrag: «Die Einstellung der Zusammenarbeit oder eine übermässige Kürzung würde die Falschen treffen, nämlich die sozial Schwachen.» Die Erfahrungen mit den Projekten aus der ersten «Kohäsionsmilliarde» bewertet der SGB insgesamt als positiv. Der Gewerkschaftsbund fordert allerdings vom Bund, den veränderten politischen Konstellationen in gewissen Ländern Rechnung zu tragen. Er schreibt: «Die Projekte sollen vermehrt die Zivilgesellschaft und die Sozialpartner stärken und auf keinen Fall den Autoritarismus.»

Was kommt als nächstes?

Ob und wie schnell der neue Erweiterungsbeitrag freigegeben wird, entscheidet sich nach der Behandlung in den zuständigen Kommissionen und im Parlament und hängt nicht zuum den EU-Rahmenvertrag ab.

Selbst wenn wir Rosa sind, bleiben wir rot!

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.



+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++



Roter Teppich für den braunen Bolsonaro

In Brasilien verbreitet der **Ultrarechte Jair Bolsonaro** Angst. Am WEF warb er um reiche Investoren. Und bekam drei ergebene Bundesräte.

PATRICIA D'INCAU

Gleich drei Bundesräte tanzen in Davos an, um Brasiliens neuem Präsidenten den Hof zu machen. Jair Bolsonaro – ultrarechts, ultrareligiös und ein Fan der Militärdiktatur – hatte am WEF seinen ersten Auslandstermin. Und wo er war, waren sie nicht weit: Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP), Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) und Bundespräsident Ueli Maurer (SVP). Ungeniert scharwenzelten die drei um den Rechtsextremen herum. Ihr Ziel: Geschäfte machen.

Brasilien ist Mitglied von Mercosur, einem **REGENWALD ADE!** Wirtschaftsbündnis südamerikanischer Länder. Düster sieht es in Brasilien praktisch für alle aus, die diesen 2,5 Billionen Franken schweren Markt zu kapern. Am WEF sollten die Freihandelsgespräche wieder Schwung bekommen. Hurtig versuchte Ueli Maurer deshalb noch, den braunen Bolsonaro reinzuwaschen. Zu «20 Minuten» sagte er: Man dürfe ihn nicht «zum Bösewicht» machen.

OFFEN FASCHISTISCH

Millionen von Brasilianerinnen und Brasilianern sehen das anders. Seit Bolsonaro Anfang Jahr vereidigt wurde, leben sie in Angst. Vor allem Frauen, Schwarze, Homosexuelle und Linke hat der Ex-Militär im Visier. Sein Motto: «Gott über alles». Seine Ansichten: rassistisch, sexistisch - und offen faschistisch. Bolsonaro sagt Sätze wie: «Hitler war ein grosser Stratege» und «Ja, ich bin für die Diktatur». Gerne garniert mit seinem liebsten Handzeichen: die Daumen und Zeigefinger zur Pistole geformt, die «Pistolero»-Geste – eine Drohung an seine politischen Gegner. Die wissen: Das ist nicht nur Show. Schon im Wahlkampf sind Bolsonaro-Anhänger mit der Waffe auf sie los. Bolsonaro selbst drohte: «Es wird eine in Brasilien niemals gesehene Säuberung geben.» Am ersten Tag als Präsident machte er ernst: Sicherheitskräfte brachen in die Büros linker Parlamentarier ein und durchwühlten Unterlagen. 320 Ministeriumsangestellte erhielten die Kündigung. Sie müssen sich jetzt auf ihre «Ideologie» untersuchen lassen. Das Ziel: «sozialistische und kommunistische Ideen» zu eliminieren.

In dieser aufgeheizten Stimmung setzte Bolsonaro sein erstes Wahlversprechen um: die Lockerung des Waffengesetzes. Obwohl die Gewalt in Brasilien mehr Tote fordert als in Kriegsländern. 2017 wurden über 60000 Personen getötet – das ist die

höchste Mordrate weltweit. Drogenbosse, bewaffnete Milizen und korrupte Polizisten treiben ihr Unwesen, vor allem in Armenvierteln. Und: Alle zwei Stunden wird eine Frau ermordet. Von eifersüchtigen Männern, die sie als ihr Eigentum betrachten. Unter Frauenfeind Bolsonaro wird dieser «Machismo» noch weiter befeuert.

Eine Frau unterstützt ihn dabei: Damares Alves. Sie ist evangelikale Pastorin, radikale Antifeministin und neu: Frauen- und Familienministerin im Kabinett Bolsonaro. Dort sitzen unter anderem auch: sieben Ex-Militärs, ein Verschwörungstheoretiker, ein ultraliberaler Ex-Investmentbanker und ein Ex-Richter. Ausgerechnet Sérgio Moro, der Bolsonaros gefürchtetsten Gegner – den linken Ex-Präsidenten Luiz Inácio «Lula» da Silva - wegen angeblicher Korruption ins Gefängnis und damit wohl um die Präsidentschaft gebracht hat.

Seit Jahren schon versuchen die EU und die Schweiz, nicht reich sind. Mit dem Vorschlaghammer will Bolsonaro das Arbeitsrecht bearbeiten. Im Moment nimmt er noch Anlauf, aber die Pläne stehen schon: Keine Arbeitsgerichte mehr und «flexiblere» Arbeitsverträge nach US-Vorbild. Dafür umfassende Privatisierungen und tiefere Steuern für Reiche und Fir-

> In Brasilien sieht es düster für alle aus, die nicht reich sind.

men. Die Agrar-Multis und Grossgrundbesitzer hat Bolsonaro schon reich beschenkt: bisher geschützte Gebiete hat er dem Landwirtschaftsministerium unterstellt. Dazu gehört der Regenwald im Amazonasbecken. Zuständig dafür ist nun die Agrar-Lobbyistin Tereza Cristina da Costa. Ihr grosser Einsatz für

Pestizide hat ihr den Spitznamen «Muse des Gifts» eingebracht. Jetzt ist sie Landwirtschaftsministerin. Dagegen begehrte sogar Topmodel und Umweltschützerin Gisele Bündchen auf. Sie schrieb auf Twitter: Dieser Schritt könnte «fatal» sein. Zu Recht. Bolsonaros Pläne für die Amazonasregion: mehr Rodungen und mehr Bergbau. Das ist nicht nur fürs Klima eine Katastrophe, sondern auch für die indigene Bevölkerung, die dort lebt. Bolsonaro nennt sie höhnisch «Tiere im Zoo» und will sie unbedingt los werden.

BOLSONAROS SCHMACH

All das gehört zum «neuen Brasilien», das Bolsonaro am WEF präsentierte. Allerdings ganz Investorentauglich, ohne markige Worte. Zu sagen hatte er so dann nicht mehr viel: Nach sechs Minuten Ansprache war schon Schluss. Medienkonferenz gab es keine. Die hätte nämlich peinlich werden können. Denn: Zu Hause machte sein ältester Sohn, der Ab-

Mord an Marielle: Verbindung zur Bolsonaro-Familie

Zehn Monate nach dem brutalen Mord an Linkspolitikerin Marielle Franco gibt es endlich eine heisse



Marielle Franco.

Spur. Am 22. Januar wurde in Rio de Janeiro der Verdächtige Roland Paulo Alves Pereira verhaftet. Ein Major der Militärpolizei, nebenbei im organisierten Verbrechen tätig. Pereira ist vermutlich Co-Chef jener Mördergruppe, die Marielle Franco im März auf offener Strasse hingerichtet hat (work berichtete). Der zweite Hauptverdächtige ist noch auf der Flucht. Sein Name:

Adriano Magalhães da Nóbrega. Ein Ex-Scharfschütze der Militärpolizei. Die beiden Männer verkörpern, wogegen Franco hartnäckig gekämpft hat: Korruption und Polizeigewalt.

PIKANT. Pereira und Nóbrega sind keine Unbekannermittelt. Trotzdem erhielten sie, damals noch im Polizeidienst, eine Ehrenmedaille. Überreicht von: Flávio Bolsonaro, dem Sohn des neuen brasilianischen Präsidenten, Jair Bolsonaro. Bolsonaro jun. lobte das Mörderduo damals für ihren «selbstlosen Dienst für die Gesellschaft». Und auch Bolsonaro sen, persönlich legte später seine schützende Hand über einen der Killer. Als Nóbrega verurteilt wurde, versuchte der heutige Präsident, das Urteil rückgängig zu machen. Die Verbindung hielt danach an: Bis vergangenes Jahr waren Nóbregas Ehefrau und seine Mutter bei Bolsonaro jun. angestellt. Mutter Nóbrega hat während ihrer Arbeit verschiedene Bankgeschäfte getätigt, die jüngst das Interesse der Finanzkontrollbehörde geweckt haben. Sie ermittelt gegen Bolsonaro jun. und seinen Ex-Bodyguard einen engen Freund des Killers Nóbrega – wegen Verdachtes auf Korruption. (pdi)

geordnete Flávio Bolsonaro, gerade Schlagzeilen. Die Finanzbehörden verdächtigen ihn der Korruption. Mehrere Zehntausend Dollar sind in den vergangenen Jahren anonym auf Konten geflossen, die Bolsonaro junior und seinem Ex-Bodyguard gehörten (siehe Kasten). Eine Schmach für den Vater. Der hatte sich im Wahlkampf nämlich als grosser Korruptionsgegner stilisiert. Aber lieber einen korrupten Sohn als einen schwulen, wird sich Bolsonaro denken. Er sagt: «Wäre mein Sohn homosexuell, wäre mir lieber, er hätte einen tödlichen Unfall.»

Und was sagt Bundespräsident Maurer zu alledem? «Es ist nicht unsere Aufgabe, andere Länder zu kritisieren.» Das ist immerhin konsequent. Zuvor hatte er schon den Staatsmord am saudischen Journalisten Jamal Khashoggi als «erledigt» erklärt. Erst kommt das Geschäft, dann die Moral.

Die Briefträgerin & McKinsey

Der Post-Verwaltungsrat hat einen neuen Chef gewählt. Nicht den Mann, auf den sich die «NZZ am Sonntag» bereits kurz nach dem Abgang der Chefin so freute: «Aufräumer Thomas Baur wird schon als künftiger Post-Chef gehandelt.» Nein, es ist ein gewisser Roberto Cirillo. Ein Mann, dessen Namen die Briefträgerin nie zuvor gehört hatte. Er lebt in London, vorher in



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Paris. Derzeit leitet er einen britischen Chemieriesen, vorher einen internationalen Spitalkonzern. Bald wird er sich also einen Schweizer Service-public-Betrieb vorneh-

«Ist da eigentlich jemand krank?»

men. Der «Sonntagsblick» kommentiert: «Einer, der einmal für die ultrakapitalistische Unterneh-

mensberatungsfirma McKinsey tätig war.» McKinsey löst im Kopf der Briefträgerin Wortketten aus: «eiserner Besen», «stählerner Kamm», «verschlanken», «sanieren», «gesundschrumpfen». Ist da eigentlich jemand krank, fragt sich die Briefträgerin, und wenn ja, wer?

STILLE. Die Briefträgerin fürchtet die Zukunft. Ihr Spielraum, die Arbeit eigenständig zu gestalten, ist in den vergangenen Jahren immer kleiner geworden. Die Sortiermaschine in Härkingen gibt viel vor und stiehlt den Zustellerinnen und Zustellern die Büez. Rationalisierungstechniken nehmen dem Arbeitsalltag Lebendigkeit und Farbe. Wie wird es weitergehen? Die Chefwahl des Post-Verwaltungsrates löste nirgendwo grosse Aufregung aus. Und es blieb sonderbar still seither. Auch betriebsintern. Jedenfalls in dem Teil des Betriebs, den die Briefträgerin mitbekommt. Kein Thema im Pausenraum. Die Briefträgerin hat es noch nie verstanden: Die Schlagzeilen zur Post mögen noch so fett sein, wir reden über Sport, Unglücksfälle und Verbrechen. Lifestyle. Nur nicht über das, was uns ganz direkt betrifft. Spricht doch jemand etwas an, zucken die einen mit den Schultern, die andern schweigen oder sagen: «Wir können eh nichts machen.» Und dann gibt es noch die, die reden den Machthabenden sowieso immer dienstbeflissen das Wort.

PÖSTLERSTOLZ. Selbst die Gewerkschaft äusserte sich verhalten: Man warte ab. Der «Sonntagsblick» hingegen schrieb von Entfremdung. Und vom vergessenen «Pöstlerstolz». «Entfremdung, ja», denkt die Briefträgerin. «Die Post hat sich in den letzten Jahren von uns, ihren Nutzniesserinnen und Nutzniessern, entfremdet. Und von uns, ihren Mitarbeitenden.» Vielleicht ist Berufsstolz altmodisch in Zeiten, in denen eines der mächtigsten Zauberworte Flexibilität heisst. Geldverdienen, egal womit. Waren, Alpenregionen, Service public - unwichtig wie das «Produkt» heisst, Hauptsache, es lässt sich rentabel vermarkten. «Diese Weisheit tönt wie x-mal gelesen und gehört», denkt die Briefträgerin. «Aber im Arbeitsalltag sind ihre Auswirkungen immer wieder neu spürbar. Ich mag mich nicht daran gewöhnen.»

SBB-Werk Bellinzona: Zehn Jahre nach Mega-Streik fühlen sich die Mitarbeitenden betrogen

Und wieder kämpfen sie für ihre «Officine»

HISTORISCHER STREIK:

HÄNDE WEG!

Im März 2008 traten alle 400 Arbeiterinnen und Arbeiter des SBB-Industriewerks in Bellinzona in den Streik. Und das 33 Tage lang. Es war einer der längsten und härtesten Streiks der letzten Jahrzehnte. «Giù le mani!» (Hände weg!) hiess die Parole des Streikkomitees. Man wehrte sich gegen die geplante Schliessung.

SOLIDARITÄT. Nicht nur Bellinzona, das ganze Tessin solidarisierte sich mit diesem Arbeitskampf. Denn die «Officine» sind nicht ein Werk wie jedes andere. Sie gehören zur industriellen Seele der Südschweiz. Kaum eine Tessiner Familie, die nicht jemanden in diesem Werk hatte oder hat. Die SBB mussten schliesslich zurückkrebsen und Konzessionen machen. (rh)



33 TAGE: So lange legten im März 2008 die 400 Arbeiterinnen und Arbeiter im SBB-Werk in Bellinzona die Arbeit nieder. FOTO: KEYSTONE

Jetzt ist das grosse SBB-Unterhaltswerk in Bellinzona schon wieder in Gefahr: es soll neu gebaut werden. Aber mit viel weniger und schlechteren Jobs.

RALPH HUG

Das grosse Industrie- und Unterhaltswerk der SBB soll neu errichtet werden. Aber nicht in Bellinzona, wo es jetzt steht. Sondern in der Nachbargemeinde Arbedo-Campione auf der grünen Wiese. Dafür sprachen Bellinzona und der Kanton Tessin 120 Millionen Franken. Viel schwerer wiegt jedoch, dass es in der «modernsten Bahnwerkstätte Europas» markant weniger Arbeitsplätze geben wird – nur noch gut 200 statt 400. Die Mitarbeitenden fühlen sich hintergangen. In einem grossen Streik vor zehn Jahren hatten sie die damaligen Schliessungspläne der SBB gestoppt und Zusicherungen für den Erhalt der Arbeitsplätze erreicht (siehe links).

STETER ABBAU

Diese Niederlage hat SBB-Chef Andreas Meyer nicht vergessen: Nach dem Streik änderte er die Strategie. Statt eines Brutalo-Abbaus folgte ein steter Soft-Abbau. Bellinzona hatte auf einmal weniger Aufträge, die Auslastung der Anlage sank kontinuierlich. Unia-Sekretär und Grossrat Matteo Pronzini (Bewegung für den Sozialismus-Kommunistische Partei) kritisiert: «Die SBB haben den Betrieb gezielt geschwächt und damit seine Weiterentwicklung untergraben.» Schon dies sorgte unter den Mitarbeitenden für Unmut.

Der Ärger wuchs noch an, als letztes Jahr das Neubauprojekt bekannt wurde. Die «Officine»-Belegschaft be-

fürchtet, dass die SBB am neuen Ort die Reparatur von schweren Lokomotiven bald einstellen und nur noch den «leichten» Unterhalt von Zügen wie dem «Giruno» von Stadler Rail im Tessin lassen werden. «Etwa 70 Prozent der heutigen traditionellen Anlage werden ohne zwingenden Grund aufgegeben», heisst es in einer Resolution der «Officine»-Arbeiter. Die Behörden hätten sich nur um den Standort und die Finanzierung gekümmert, jedoch nicht um den Erhalt der Arbeitsplätze, so die Kritik.

HÄNGIGE INITIATIVE

Noch ist über die Zukunft der «Officine» nicht entschieden. Denn da gibt es noch eine hängige kantonale Volksinitiative aus der Zeit des Streiks im Jahr 2008. Diese fordert, dass die industrielle Substanz des Werks erhalten

«Die SBB haben den **Betrieb** sehr gezielt geschwächt.»

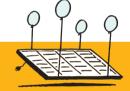
MATTEO PRONZINI, UNIA

bleiben solle. Sie wurde nach dem Streik wegen der laufenden Verhandlungen sistiert. Nun kommt sie im Februar ins Parlament und dann vors

Volk. Unia-Mann Pronzini sagt: «Ein Ja zu unserer Initiative ist wichtig, denn sie hält den Druck auf die SBB hoch.»

Aus dem Kreis der «Officine»-Leute kommt auch ein Alternativvorschlag. Danach könnte eine Aktiengesellschaft aus SBB, Kanton Tessin und den Gemeinden die Aktivitäten der SBB-Werkstätten übernehmen und ausbauen. Die Idee eines Innovationsparks für die Instandhaltung von Transportunternehmen liegt auf dem Tisch.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Der andere Brexit: Anti-Atombomben zerstören Tony Blairs Erbe

Der emeritierte Professor Silvio Borner ist ein Verbohrter. Immer wieder schreibt er – vorab in der «Weltwoche» - wirre Artikel gegen Solar- und Windener Und fordert den Bau neuer Atomkraftwerke in der Schweiz.

Grau ist alle Theorie. Wenig ist spannender als die laufende Entwicklung in Grossbritannien. Und zwar nicht nur in Sachen Brexit, sondern auch und vorab in Sachen Atomenergie.

Die sozialdemokratische Regierung von Tony Blair setzte auch auf Atomenergie. Logisch, denn Grossbritannien ist eine - wenn auch kleine -Atommacht. Und die Atomkraftwerke sind die hochgefährlichen Mütter aller Atombomben.

Jetzt platzt jenseits des Ärmelkanals eine Anti-Atombombe nach der andern. Weitgehend unbemerkt, weil der Brexit all unsere Aufmerksamkeit beansprucht.

Britische Anti-Atombombe 1: Im November 2018 hat Toshiba ihre Nukleartochter NuGen liquidiert. Diese hätte in Moorside ein Atomkraftwerk bauen sollen. Es fand sich kein Käufer, der die gefährliche Kiste weiterbauen

Britische Anti-Atombombe 2: Der japanische Industriekonzern Hitachi stellt die Arbeiten am Atomkraftwerk Wylfa Newydd in Wales per sofort ein. Er nimmt einen Verlust von bisher investierten 2,8 Milliarden Franken in Kauf. Ein Ende mit Schrecken ist ihm lieber

als ein Schrecken ohne Ende.

Britische Anti-Atombombe 3: Weitergebaut wird einzig am Atomkraftwerk Hinkley Point C. Und dies, obwohl die Bauarbeiten 8 Jahre Verspätung haben. Und die Kosten explodieren. Der Grund: Die atomgeilen Briten bezahlen vertraglich garantiert pro Kilowattstunde doppelt so viel wie aktuell für Strom aus neuen Windkraftwerken. Der Preis wird auf 30 Jahre hinaus garantiert und zusätzlich indexiert.

Twerenbold ist ein tifiges Schweizer Busunternehmen. Es bietet Reisen in der «Königsklasse» nach England an. Der WWF müsste eine Reise zu den Hotpoints des Atomwahnsinns in Moorside, Wylfa Newydd und Hinkley Point C ausschreiben. Dies unter der kundigen

Führung von Heini Glauser, dem Aargauer Energieingenieur und Atomkritiker. Als Co-Referenten müsste der WWF auf dem Beifahrersitz des Twerenbold-Busses Silvio Borner mitnehmen. Damit alle Teilnehmer beobachten können, wie Faktenresistenz vor Ort funktioniert.

GURTEN-MANIFEST. Nach Besichtigung der Ruinen des untergehenden Atom-



ATOM-WAHN: In Wales wollte Hitachi ein Atomkraftwerk mit einer Leistung von 3100 MW bauen. Nachdem der japanische Konzern bisher 2,8 Milliarden Franken verlocht hat, stellt Hitachi jetzt die Arbeiten einfach ein. Besuchen wir die zerfallenden Burgen dieses Wahrsinns. FOTO: PD

zeitalters würde die Reisegruppe sinnvollerweise Onshore- und Offshore-Windräder der neusten Generation besichtigen. Denn Brexit ist Brexit und Exit ist Exit.

In der Schweiz forderte 2001 das Gurten-Manifest - besser bekannt unter dem Nickname Gurken-Manifest –, die SP-Schweiz solle auf den Kurs von Tony Blair und dem deutschen SPD-Kanzler Gerhard Schröder

einschwenken. Aushängeschild war damals eine gewisse Simonetta Sommaruga. Wenn sich die Gurken-Manifestler durchgesetzt hätten, ginge es der SP Schweiz heute so schlecht wie ihren Schwesterparteien in Deutschland, Italien und Frankreich. Ironie der Geschichte: Tony Blairs Atomprogramm liegt in Schutt und Asche, aber die nach links gerückte Labour-Party ist quicklebendig.

LINKS ZUM THEMA:

rebrand.ly/Gurken

Für alle, die sich für die jüngere essieren, lohnt sich die Lektüre des Gurken-Manifestes.

rebrand.ly/Geldgrab

Das «Handelsblatt», die Zeitung des deutschen Kapitals, rechnet unter dem Titel «Neues Atomkraftwerk wird zum Milliardengrab» nach, wie teuer dieses Atomkraftwerk die britischen Steuerzahlenden und Stromkonsumierenden in den kommenden Jahrzehnten zu stehen kommt. Merke: Das einzige noch im Bau befindliche Atomkraftwerk ist ein «Massengrab». Hoffentlich nur finanziell.

rebrand.ly/Gefahr

Warum sind Atomkraftwerke die Mütter der Atombomben? Die Homepage «Ausgestrahlt» informiert unter dem Titel «Dank Atomkraft zur Atombombe» kurz und übersichtlich.

rebrand.ly/Glueckgehabt

Vor 50 Jahren schrammte die Schweiz nur knapp an einem Super-GAU vorbei. Ein eigenes Schweizer Atomkraftwerk sollte der entscheidende Schritt hin zur Schweizer Atombombe sein. Wir hatten mehr Glück als Verstand.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «Rosa Zukunft»: www.workzeitung.ch

FDP-Politiker Dick Marty greift FDP-Bundesrat Cassis an:

«Wirtschaftskreise steuerten Gassis' Besuch in der Mine»

Der Besuch von Ignazio Cassis in der Glencore-Kupfermine in Sambia sorgt für heftige Kritik, selbst innerhalb seiner eigenen Partei.

FEDERICO FRANCHINI

Seit Jahren macht der Zuger Rohstoffmulti Glencore wegen schlimmer Arbeitsbedingungen und Umweltverschmutzung in seinen Kupferminen in Afrika Negativschlagzeilen. Doch Aussenminister Ignazio Cassis ist des Lobes voll für Glencore. Am 7. Januar besuchte er eine Glencore-Kupfermine im Norden Sambias. Auch sie wird seit Jahren von Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert, weil das Kupferschmelzwerk

Dick Marty. FOTO: KEY

riesige Mengen von Schwefeldioxid ausstösst und Menschen erkranken. Doch der Aussenminister zeigte sich in einem Tweet schwer beeindruckt über die Modernisierungsanstrengungen der Minenbetreiberin. Und Glencore freute sich ihrerseits über das

Lob und benützte Cassis' Tweet sofort für Werbung in eigener Sache. «Das war ein bewusster Schachzug, gesteuert von gewissen wirtschaftlichen Kreisen», analysiert nun Parteikollege und Ex-Ständerat Dick Marty.

work: Herr Marty, was war Ihre erste Reaktion, als Sie von Bundesrat Cassis' Besuch in der Glencore-Kupfermine erfuhren?

Dick Marty: Ich dachte, «bedauerlich, aber nicht überraschend», denn der Bundesrat hat schon immer einen unterwürfigen Respekt vor allen Wirtschaftsmächten gezeigt. Das ist bedauerlich, weil derselbe Bundesrat nie bereit war, sich mit Vertretern von NGOs zu treffen, um über die Problematik der Ausbeutung dieser Minen zu diskutieren.

Sie sind ja Co-Präsident des Komitees für die Konzernverantwortungsinitiative. Diese will, dass Multis mit Sitz in der Schweiz für Menschenrechtsverletzungen ihrer Tochterfirmen im Ausland haftbar gemacht werden. Der Bundesrat hat auch Sie nie empfangen?

Problemfall Cassis

Ignazio Cassis sitzt zwar für die FDP im Bundesrat – aber von SVP-Gnaden. Das merkt man seiner Politik an. Die flankierenden Massnahmen will er im Sinne der Marktradikalen opfern. Rohstoffspekulanten hofiert er, NGOs ignoriert er. Menschenrechte sind unwichtig, was zählt, ist das Geschäft. Aussenpolitik ausschliesslich als Aussenhandelspolitik. Da taugt die humanitäre Tradition der Schweiz höchstens noch für Sonntagsreden. Carlo Sommaruga, Solidar-Suisse-Präsident und SP-Nationalrat, nennt Cassis' Politik im work-Interview (work 21, 2018) «schrecklich». Und work-Kolumnist Jean Ziegler, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates, forderte schon im Oktober (rebrand.ly/ zieglercassis): «Unser Parlament muss dringlichst dem inkompetenten Aussenminister das Handwerk legen.» (cs)



Wir baten den Bundesrat um einen Termin, um die Anliegen der Konzernverantwortungsinitiative darlegen zu können, aber er wurde uns nie gewährt. Und just

«Die Richtung, die Cassis im EDA einschlägt, ist besorgniserregend.»

im heikelsten Moment, wo Politiker und Politikerinnen einen Gegenvorschlag zu unserer Konzernverantwortungsinitiative diskutie-

ren, besucht der Aussenminister jenen Multi, der alle Missbräuche verkörpert, die unsere Initiative beseitigen will. Das sagt viel aus, nicht nur über die fehlende Sensibilität, sondern auch über die Parteilichkeit des Bundesrats.

Was spricht denn dagegen, dass ein Bundesrat einer Schweizer Firma im Ausland einen Besuch abstattet?

Der Besuch selbst wäre ja noch gegangen. Aber warum hat sich Cassis nicht mit den Leuten getroffen, die sich seit Jahren um die Probleme dieser Mine kümmern? Wir sprechen ja nicht von irgendeiner Firma. Während Cassis die Mine in Sambia besuchte, übrigens eines der ärmsten Länder der Welt, ist Glencore schon in einen neuen Skandal in Peru verwickelt. Der Rohstoffmulti Glencore schafft enormen Reichtum, aber in allen Ländern, wo er tätig ist, herrscht bittere Armut. Ein Aussenminister müsste sich mit diesem Widerspruch auseinandersetzen. Erlauben Sie mir eine Bemerkung...

...bitte!

Man spricht immer von Schweizer Firmen. Aber in Tat und Wahrheit haben diese Firmen nur ihren Sitz in der Schweiz. Auch bei der Bank Credit Suisse, die den Begriff «Schweiz» im Namen führt, sind höchstens 20 Prozent der Aktien in Schweizer Händen. Oft sind die Hauptaktionäre von grossen Multinationalen einfach spekulative

Investmentfonds, deren einziges Interesse die Kapitalrendite ist. Das ist ein Problem, dessen sich die Politik annehmen sollte. Firmen nennen sich schweizerisch, obwohl sie es gar nicht sind. Sie schaffen Probleme für den Ruf der Schweiz und für die seriösen Firmen im Land.

Als eine seiner ersten Amtshandlungen hat Aussenminister Cassis das Uno-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge UNRWA kritisiert und gesagt, es sei Teil des Nahostkonflikts. Was sagen Sie zum neuen, härteren Wind aus dem Aussendepartement?

Die Richtung, die Cassis im EDA einschlägt, ist für mich ziemlich besorgniserregend. Gewisse Äusserungen, zum Beispiel seine Kritik an der UNRWA, könnten vielleicht als Mangel an Erfahrung oder Selbstkontrolle verstanden werden. Aber ich habe immer mehr das Gefühl, dass Cassis diese Richtung bewusst einschlägt. Cassis vertrat immer gewichtige wirtschaftliche Interessen. Es ist ja bekannt, dass er vor seiner Wahl zum Bundesrat von einer Krankenkassengruppe fürstlich entlöhnt wurde. Da sehen wir schon, was für einen Stil er hat und wie er an eine Sache herangeht. Und das sagt jemand, der keineswegs ein Wirtschaftsfeind ist und sich immer noch als Wirtschaftsliberaler betrachtet.

Und dieser Cassis-Stil hält jetzt auch im Aussendepartement Einzug?

Bestimmt. Um bei Glencore zu bleiben: Ich glaube, dass dieser Besuch in Sambia von einer beispiellosen Stillosigkeit war. Man kann sich fragen, ob das ein Zufall sei. Ich glaube nicht. Das war ein bewusster Schachzug, gesteuert von gewissen Wirtschaftskreisen. Und Cassis liess sich einspannen.

Dieses Interview erschien zuerst in der Tessiner Gewerkschaftszeitung «Area». Übersetzung: Anna Luisa Ferro.



la suisse existe _{Jean Ziegler}

DIE EHRE ÖSTERREICHS

Ich war beeindruckt, als mich die Nachricht aus Wien erreichte, dass seit Anfang Oktober letzten Jahres in der österreichischen Hauptstadt wöchentlich Demonstrationen gegen die

Der schneidige Bundeskanzler Sebastian Kurz produziert ähnliche Gesellschaftsanalysen wie Donald Trump. aktuelle Regierung des Landes stattfinden. Mir ist in lebhafter Erinne-

rung, wie sich die österreichische Zivilgesellschaft im Jahr 2000 gegen die damalige Regierung von Wolfgang Schüssel und Jörg Haider organisierte und die Tradition der Donnerstagsdemonstrationen begründete.

JEDEN DONNERSTAG. Damals stand auch ich einmal mit anderen europäischen Intellektuellen und Tausenden von Demonstranten und Demonstrantinnen auf dem riesigen Platz vor dem Stephansdom. Diese Tradition wurde nun wieder aufgegriffen – mit beeindruckenden Zahlen: An der ersten neuen Donnerstagsdemonstration nahmen mehr als 15 000 Menschen teil. An den folgenden Donnerstagen kamen jeweils bis zu 10000. Und es soll auch in diesem Jahr weitergehen! Doch vergessen wir nicht: Im Jahr 2000 war das autoritäre und rassistische Regierungsprojekt von Schüssel und Haider das einzige in Europa. Damals ging ein Aufschrei durch die europäische Öffentlichkeit. Heute stehen wir vor einer gänzlich anderen Situation. Die zerstörerische Idee einer antiliberalen Demokratie hat sich in Europa wie ein Virus ausgebreitet: In Ungarn, Polen, Italien und anderen Ländern sehen wir äusserst gefährliche antidemokratische Tendenzen.

In Österreich selbst ist die Situation noch gefährlicher als im Jahr 2000. Die Regierung ist durchsetzt von Mitgliedern rechtsradikaler Burschenschaften. Sie diffamiert kritische Journalistinnen und Journalisten und entzieht zivilgesellschaftlichen Organisationen, die ihnen nicht genehm sind, die Förderung. Gleichzeitig organisiert sie eine gewaltige Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, beispielsweise durch die Einführung des 12-Stunden-Arbeitstages. Zudem ist sie mitverantwortlich für die fürchterliche Tragödie der Flüchtlinge, denen die Prüfung ihres Asylantrags in Europa verweigert wird.

DER KURZE DONALD. Der schneidige Bundeskanzler Sebastian Kurz produziert gesellschaftliche Analysen, die jenen von Donald Trump ähneln. Dauerarbeitslosigkeit, soziale Isolation, extreme Armut? Diese Leiden sind zwar bedauerlich. Aber Kurz hat in einer Rede vor wenigen Tagen die Ursachen erklärt: Die Armen sind arm, weil sie faul sind. Wenn die normalen Menschen «in der Früh aufstehen», um zur Arbeit zu gehen, bleiben die Armen liegen.

Umso wichtiger ist es, dass die Zivilgesellschaft von neuem aufsteht: gegen Rassismus und Ausgrenzung, gegen die Aushöhlung des Rechtsstaates und gegen die zunehmende Ungleichheit.

Ich bewundere die Vitalität, den Mut und die revolutionäre Geduld der Donnerstagsdemonstrantinnen und -demonstranten. Ihre Aktion ist beispielhaft für ganz Europa.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor.

10 workdossier 1. Februar 2019 1. Februar 2019 workdossier 11

Links fühlen, rechts wählen:

Sind die Gelbwesten rot oder braun?

Frankreich streitet: Sind die Gilets jaunes eine Bewegung für mehr soziale Gerechtigkeit und Demokratie oder doch nur ein Haufen wütender Kleinbürger mit rechtsextremer Schlagseite? Es ist die falsche Frage.

Ultrakatholiken, mit gelben Westen be- national RN, früher Front national, wählen. hängt, sang am vergangenen 22.Dezember vor der Sacré-Cœur in Paris ein antisemitisches Lied. Samt Faschistengruss.

Castaner, denn seit die Revolte begann, verten «grossen nationalen Debatte»). sucht er, die Gilets jaunes in die ultrarechte Ecke zu stellen. Es ist das Kalkül seines Prä- **ENTSCHIEDEN IST NICHTS** len Politik, hat er eigentlich keine Chance, mung im Land. seine Umfragewerte

Um Macron zu fällen, würden manche Le Pen in Kauf nehmen.

erklärt auch seine ständigen sadistischen die Demos. Und Jean-Luc Mélenchons linke Ausfälle. Wie, als er vor wenigen Tagen sagte, «France insoumise», die auch etliche Miliviele Arbeitslose würden nur Mist bauen, tante der Westen stellt, konnte sich bisher Solche Aussagen gefallen Frankreichs Eliten.

LINKS, RECHTS UND GRÜN

Marseille die Gewerkschaften CGT und Solision! daires zusammen mit der linken Bewegung «France insoumise» von Jean-Luc Mélenchon hat einen starken Antrieb, aber sie struktuden Hauptharst an der Demo der Gelbwes- riert sich gerade erst. Einige haben eine Parten. Anderswo waren die Militanten der Klimakampagne stark vertreten, in Westfrankreich sind die «Zadistes» besonders rührig, die den Flughafen Notre-Dames-des-Landes bei Nantes verhindert hatten. In Paris prügelten sich antikapitalistische Gelbwesten mit rechtsextremen Gelbwesten.

Derweil hielten in Commercy, unweit von Belfort und Basel, 40 Ortsgruppen der tion ausserhalb des klassichen Politsystems Gelbwesten eine erste nationale Vollver- und verweigert Macrons «grosse nationale sammlung ab. Die Leute aus Commercy hat- Debatte», die keine ist. ten eingeladen, von ihnen stammte auch der erste Forderungskatalog im November 2018.

wird gemeinsam), beschloss, sich von allen Parteien fernzuhalten. Wie geht all das bloss zusammen? Sind die neuen Gelben nun rot

Das wollten auch Soziologen wissen. Das Resultat war erstaunlich. Grob gesagt: Eine relative Mehrheit der Gelbwesten denkt links, würde heute aber am ehesten Marine Eine kleine Gruppe von Neofaschisten und Le Pen vom rechsextremen Rassemblement Wie kommt das? Spielte doch Le Pens

Thema «Immigration» bei den Gelbwesten bisher kaum eine Rolle (erst Macron hat es Das freute Innenminister Christophe in Spiel gebracht, in der von ihm angezettel-

sidenten Emmanuel Macron, die politische Präsident Macron hat es geschafft, französi-Auseinandersetzung in Frankreich auf die sche Politik allein auf seine Person zu redu-Frage zu reduzieren: ich oder der Faschis- zieren. Der Protest der Gilets jaunes richtet mus? So hat er die Wahlen 2017 gewonnen, sich deshalb gegen ihn und nur gegen ihn. so hofft er die Europawahl im Mai und die Um Macron zu fällen, würden manche Le nächste Präsidentenwahl 2022 für sich zu Pen in Kauf nehmen. Damit stehen sie im entscheiden. Gemessen an seiner antisozia- Einklang mit einer wachsenden Grundstim-

Kommt dazu: Von den anderen Parteien sind im Loch. Dar- versprechen sich die Gelbwesten nicht viel. Die SP ringt in Frankreich um ihr Überleben und hat sich, ganz Partei der oberen Mittelchen» alles Inter- schicht, gegen die Gelbwesten gestellt. Die Bürgerlichen «Républicains» unterscheiden mit den Gelbwesten sich kaum von Marine Le Pens Partei, rufen zu befeuern. Das aber nach einem harten Durchgreifen gegen

In den Forderungskatalogen der Gel-Sie verachten und fürchten die unteren ben, das fällt auf, ist von Kaufkraft und sozialer Sicherheit die Rede, aber nirgends von Löhnen oder Kritik an den Arbeitgebern und Aktionären, für die Macron arbeitet. Statt-Am Wochenende des 26. Januar stellten in dessen rufen die Aufrührer: «Macron démis-

Nur, entschieden ist nichts. Die Revolte tei gegründet. Das dient letztlich Ma-

CGT arbeitet auf Annäherung mit den Gelb-

Fraktion der Gilets iaunes neigt zu au

cron, denn es spal

Doch hier öffnet sich ein Fenster. Die Gewerkschaften CGT und Sud-Solidaire arund den Klimaaktivisten hin. Für den 5.Fe-

Er war eine klare Absage an den Neolibera- beiten auf eine Annäherung mit den Gelben Die Vollversammlung der Vollversammbruar rufen sie zum Generalstreik auf. Von lungen, die basisdemokratisch organisiert den Gelbwesten aus Commercy kam dazu war (alle sprechen, jede Meinung gilt, man der Vorschlag, den Generalstreik gleich unentscheidet im Konsens, kommuniziert befristet anzusetzen.



GELBWESTEN MIT PAROLEN: «Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Es lebe der Streik!» FOTO: KEYSTONE







SCHWEIZER WAFFEN: Gummigeschosswerfer LBD-40 der Thuner Waffenschmiede B&T im Einsatz gegen Gelbwesten. FOTO: GETTY

Frankreich – das sind die Gilets jaunes:

Um 45, Druck bei Lohn und Job und wenig zu verlieren

Die forcierte neoliberale Politik von Präsident Macron trifft besonders jene soziale Schicht, die heute auf den Barrikaden steht. Macron weiss das, aber er will sein **Programm mit Gewalt** durchsetzen.

OLIVER FAHRNI

Hunderte Gelbwesten sitzen im Gefängnis, und die grossen Medien prügeln auf sie ein. Doch die Gilets jaunes sind wieder da. Wider **grosser Brutalität** Erwarten noch immer da, auf den Verkehrs- **auf Protestierende** kreiseln, in den Strassen und auf Plätzen. Am los. Auch mit 26. Januar fand der Demo-Samstag Nummer elf statt, mit Meetings und Demos in rund 30 Städten. Dabei wurde Jérôme Rodriguez, der Polizei am Kopf verletzt.

eine Hand. Makabre Statistik, die der freie tischen Systems in der Schweiz erfahren. Journalist David Dufresne auf seinem Twitter-File führt, samt Bildern, Namen und den ZORN ÜBER DAS ERDRÜCKTE LEBEN

Macron die Einhaltung der Menschenrechte Was mit einem Blog gegen die Diesel- sprache im Dezember, der Zorn komme wohl an. Während der italienische Vizeregierungs- steuer begann, wurde in den unentwegten chef Luigi di Maio von den «5 Sternen» den Debatten der Gelbwesten in wenigen Wo-Gelbwesten logistische Hilfe versprach. chen zur Forderung nach mehr Kaufkraft,

18 Menschen Freundlichkeiten unter Nachbarn halt.

SCHWEIZ ALS ABSCHRECKUNG

Mit ihrer autoritären Politik halten Macron/Castaner zwar viele potentielle Gelb- auf den Rückenteil ihrer Weste geschrieben. westen von den Demonstrationen fern. Doch Die gelben Rücken sind zu wandelnden gerinnen und Bürger Macrons Vorgänger bauter Service public das Absinken von noch

Die Polizei geht mit Schweizer Waffen.

Gerechtig-

seit dem Algerienkrieg (1954 bis 1962) orga- führende Forscherin für basisdemokratische erklärt die Virulenz und die Dauer des Auf- kommt eine Besonderheit des französischen nisieren. Wohl etwas neidisch, mahnten dar- Mitbestimmung. Auf den Verkehrskreiseln, standes. Inzwischen lichten sich auch die Steuersystems: Mehr als die Hälfte der Staatsaufhin ausgerechnet Wladimir Putin (Russ- wo sich die Gelben eingerichtet haben, hat sie Nebel über den Ursprung dieser Revolte. Prä- einnahmen stammen aus den hohen, sozial land) und Recep Tayyib Erdoğan (Türkei) bei «eine beschleunigte Politisierung» gesehen. sident Macron vermutete in seiner TV-An- ungerechten Verbrauchssteuern.

> dann zur Kritik an der Ungleichheit in der Gesellschaft, vor allem an den ungleich verhaben ein Auge teilten Chancen.

«Prekarität ist kein Beruf», hat eine Frau 4 eine Hand. Zehntausende lassen sich nicht einschüch- Wandzeitungen geworden, manchmal zu François Hollande ins Elysée geschickt hat- mehr Menschen in die schiere Not verhintern. Sie in- ganzen politischen Traktaten. So wie in Marten. Sie formulierten schon dieselben Nöte dert. Macron greift heute beides an. sistieren. Sie seille, folgender Text: «Wir brauchen eine wie heute. Dreissig Jahre neoliberale Umverfordern den neue Demokratie. Wir wollen unsere Macht teilungspolitik, unter rechten Parteien und geht um, verstärkt durch die Tatsache, dass Rücktritt des und das öffentliche Interesse nicht mehr de- auch unter den «Sozialisten», haben die Macron bisher jeden Protest (der Eisenbah-«arroganten» legieren. Gründen wir 1001 Räte!» Auf einer Mehrheit der Französinnen und Franzosen ner, der Pöstlerinnen, des Medizinpersonals, Präsidenten. anderen Weste: «Es ist gelb, es ist hässlich, es in die Enge getrieben. Mehr soziale passt zu nichts, aber es kann Leben retten.»

keit durch **SEIT JAHREN GEHT'S BERGAB**

einer der bekanntesten Organisatoren, von gerechtere Steuern. Und ein «RIC»: das Kürzel Die Politisierung kommt rasant voran. Als Ur- Teil siebzig Köpfe stark, haben sich unters deres Spiel. Einerseits verzichtete er zwar steht für neue Volksrechte, für Referendum sache der wachsenden Unterschiede identifigelbe Volk gemischt. Feststellungen: Er ist einer von 353 Schwerverletzten. und Initiative, bis hin zur Möglichkeit, Ge- zierten Gelbwesten die Steuerpolitik Ma- ● Durchschnittsalter: um 45. Seit Beginn der Revolte Mitte November 2018 wählte und Regierende durch Volksbefra- crons (siehe Artikel rechts «Irrer Stutz für ● Sehr viele Frauen. haben Frankreichs Polizisten eine 80jährige gung sofort abzusetzen. Regierungschef Leute ohne Bedeutung»). Und weil sie keiner • Mehrheitlich «untere Mittelschicht» (ein eine riesige Mogelpackung. Andererseits Frau getötet, mehrere Demonstranten und Edouard Philippe beschied ihnen: «Kommt politischen Partei und keinem Politiker mehr missverständlicher Begriff): Arbeiterinnen wies er seinen Innenminister Castaner an, Passantinnen ins Koma befördert, 158 Kopf- nicht in Frage!» Frankreichs verschreckte trauen, wollen sie künftig an den Entschei- und Arbeiter, Angestellte, Kleingewerbler, die Repression zu eskalieren. Er liess den Deverletzungen zugefügt und 39 Medienleute Elite spricht und schreibt jetzt sehr viel über den direkt beteiligt sein. Unter zum Teil wir- Pflegepersonal, Selbständige, Frauen, die monstrationen keinen Raum. Die erste Geins Spital geprügelt oder geschossen. 18 Men- «die Gefahren der direkten Demokratie» und ren Argumenten und Konzepten (wie das ihre Familien zusammenhalten müssen. We- walt ging regelmässig vom Staate aus. Im Deschen haben ein Auge verloren, 4 Menschen will alles über die negativen Seiten des poli- Gerede vom «Volk») bis zu Verschwörungstheo- nig Immigranten. rien traten immer klarer politische Ziele her- • Sie leben ausschliesslich von ihrer Arbeit. Offensivgranaten, die verstümmeln, und den vor. Aus privatem Zorn über das von der Poli- Sie gehören meist nicht zu den 14 Prozent Gummigeschosswerfern LBD-40 der Thuner tik erdrückte Leben («mein Lohn ist am 16. der Bevölkerung, die unter der Armuts- Waffenschmiede B&T. Eigentlich Kriegsmarecherchierten Umständen. 3500 wurden Da erkennt die Soziologin Marion Carrel ei- des Monats zu Ende») wuchs auf einmal die grenze leben, aber sie sind vom Sozialabbau terial. Seine Geschosse sind für die meisten leichter verletzt. 7000 festgenommen, 1000 nen historischen Vorgang: «Eine derart mas- Frage nach dem gemeinsamen öffentlichen besonders hart betroffen. bereits durch Schnellgerichte verurteilt (sagt sive Forderung nach mehr Demokratie durch Interesse. Das ist schon ein bisschen mehr als • Ihre Situation hat sich in den vergangenen rechtsorganisationen sind entsetzt, auch das Innenministerium). Präsident Emma- die unteren, sozial dominierten Schichten das oft verbreitete Bild einer Revolte von au- Jahren rasch verschlechtert. Ihre Löhne und über Tausende präventiver Verhaftungen nuel Macron lässt seinen Innenminister hat es seit der Französischen Revolution von tovernarrten Spiessbürgerinnen und Spiess- Jobs sind unter Druck. 76 Prozent ihrer Haus- und das angekündigte neue Gesetz zum Ver-Christophe Castaner die schärfste Repression 1789 kaum gegeben.» Carrel ist Frankreichs bürgern. Der angestaute, hohe Leidensdruck haltsausgaben sind fix gebunden. Dazu bot von Kundgebungen.

verloren und

der Gelbwesten bildet. Soziologenteams westen. mehrerer Forschungseinrichtungen, zum

von weit her. Da WAFFEN AUS DER SCHWEIZ

hat er recht. Zwei Diese Schicht der unteren Klasse fühlt sich Forscher konn- geschröpft und empfindet Macrons frivole ten 2018 einen Milliardengeschenke an die Konzerne und Teil jener Million Superreichen als ungerecht und existentiell Klagemails und bedrohlich. Frankreich ist ein Tieflohnland. Bittschriften Aber stärker als etwa in Deutschland haben sichten, die Bür- ein komplexes Sozialsystem und ein ausge-

Die Angst vor dem sozialen Taucher der Lehrenden usw.) ignoriert und erstickt Zuvorderst jene Schicht, die den Kern hat. Sie haben wenig zu verlieren, die Gelb-

Macron weiss das. Doch er spielt ein anrasch auf die Dieselsteuer. Auch der Forderung nach mehr Kaufkraft kam er etwas entgegen, aber er verpackte eine kleine Geste in zember befahl Castaner den Nahkampf, mit Kopfverletzungen verantwortlich. MenschenMacron untergräbt Frankreichs Sozialsystem

«Irrer Stutz für Leute ohne Bedeutung»

Die Gewalt der Gilets jaunes ist ein Echo auf die Gewalt, die von Präsident Macrons Zerstörung der französischen Gesellschaft ausgeht.

Am 5.Oktober sprang ein 51jähriger An-16.Oktober warf sich ein 35jähriger ten TGV Marseille-Paris. Wenige Wochen Lordon bemerkt. später stellte sich ein Zugführer in Char-

2019 will der «Präsident der Superreichen» den Konzernen weitere 18,8 Milliarden Euro erlassen.

nuel Macron seine Eisenbahnreform durchgezogen hat, gegen den Protest von Hunderttausenden, erschüttert eine Selbstmordwelle die SNCF. Das Management versucht, das Ausmass zu kaschieren, und verweigert auch den Gewerkschaften genauere In- Präsident formationen. 2018 sollen *Macron*. FOTO: KEY sich mehr als 60 Kolleginnen und Kollegen während des Dienstes umgebracht haben, schätzt ein Arbeitsmediziner der Gewerkschaft Sud-Rail.

Suizide sind ein heikles Thema. Aber wenn Zugführer, die in vielen Fällen selbst schockierende Erlebnisse mit Lebensmüden vor ihren Loks hatten, sich unter die eigenen Maschinen werfen, dann sind das mehr als Einzelschicksale. Es ist ein Zeichen für das Mass der Gewalt, das die-

sen Berufsleuten von der Politik durch die Demontage der sozialen Sicherheit angetan wird. Sehr konkrete Gewalt in Form unmenschlichen Stresses und zerstörter Berufsperspektiven. Und symbolische Gewalt: Monatelang hatte Präsident Macron die angeblichen «Privilegien» der gestellter aus der 6.Etage eines Büro- Eisenbahner an den Pranger gestellt, die turms der französischen Bahnen SNCF in es in Wahrheit seit Jahrzehnten nicht Lyon. Wenige Tage später tat es ihm eine mehr gab (work berichtete). Doch diese Eisenbahnerin in Nîmes gleich. Am Gewalt wird in der öffentlichen Debatte «systematisch negiert», wie der französi-SNCF-Arbeiter frühmorgens vor den ers- sche Ökonom und Philosoph Frédéric

leville-Mézières vor einen ausfahrenden MILLIARDEN FÜR KONZERNE. Schon Ma-Zug. Seit Frankreichs Präsident Emma- crons Vorgänger, der Sozialdemokrat François Hollande, war sozial wenig zimperlich. Kein Wunder: Macron hatte ihm ein neoliberales Programm verpasst, zuerst als Chefberater, dann als Wirtschaftsminister. Jetzt baut Macron, der Ex-Banker, das Land vollends zum Konzern um: in seiner ersten Amtswoche attackierte er die Gewerkschaf-

ten und zerschlug die letzten Schutzbestimmungen im Arbeitsrecht. Jetzt steigen die Gewinne, die Reallöhne sinken, die Arbeitszeiten werden länger, und mehr als 70 Prozent aller neuen Arbeitsverträge sind befristet. Dann schaffte Macron die Reichen-SOZIALSADIST: steuer ISF ab. Die Folge: ein Loch von 16 Milliarden Euro im Staatshaushalt. Dividenden wurden mit 9 Milliarden entlastet. 2019 erlässt der «Präsident der Superreichen» den Konzernen weitere 18,8 Milliarden Euro, so steht es im Haushaltsplan. Und schüttet ihnen

> schriften» aus – ohne Gegenleistung. Gleichzeitig erhöhte Macron die Steuern für Rentnerinnen und Rentner ab 1080 Euro Rente. Er strich die Wohnbeihilfen (APL) zusammen, kappte 220000 Integrationsjobs, baut den öffentlichen Dienst massiv zurück und gräbt an allen Ecken und Enden das Sozialsystem an. Denn das koste, sagte Macron, einen «irren Stutz für Leute ohne Bedeutung».

veitere 20 Milliarden Euro an «Gut-

Landini, der Neue

«Eine schöne Organisation mit vielen Leuten, die kämpfen wollen», so umschreibt Maurizio Landini (57) liebevoll seine Gewerkschaft. Eben hat ihn der Kongress der CGIL zu ihrem neuen Generalsekretär gewählt, zum Nachfolger von Susanna Camusso (siehe Interview rechts). Die Confederazione Generale Italiana del Lavoro.



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

CGIL, ist mit über fünf Millionen Mitgliedern die grösste Gewerkschaft Europas. Sie organisiert Arbeitende aus allen Branchen, ist in den Betrieben gut verankert und streikfähig. An 40000 Versammlungen hatte die Basis den Kongress vordiskutiert.

GESCHLOSSENHEIT. Landini (57) hatte einst eine Schweisserlehre gemacht und war als Gewerkschafter lange in der Industrie aktiv. Jetzt, als neuer CGIL-Chef, umreisst er die Herausforderung für seine Gewerkschaft angesichts der desolaten Situation

«Ein anderes Italien ist möglich.»

MAURIZIO LANDINI, NEUER CGIL-CHEF

in Italien so: «Wir müssen nicht allein in den Betrieben kämpfen, sondern auch in der Gesellschaft. Ein anderes Italien ist möglich.» Und auch dringend

nötig, denn Italiens Wirtschaft stagniert seit zwei Jahrzehnten, die Jobs werden immer prekärer, und alle Regierungen wollen die Lösung der Probleme dem Markt überlassen. Die ehemals sehr starke italienische Linke ist jedoch heute nur noch ein Scherbenhaufen. Umso stärker rief die Basis am Kongress nach Geschlossenheit der Gewerkschaft: Landini erhielt schliesslich 93 Prozent der Delegiertenstimmen.

Die CGIL ist derzeit die stärkste soziale und demokratische Gegenmacht zur italienischen Regierung. Deren Einpeitscher ist der autoritäre und fremdenfeindliche Innenminister Matteo Salvini, einer der gefährlichsten der harten rechten Männer, die heute die Welt unsicher machen. Ihm will die CGIL die Stirn bieten. Bereits für den 9. Februar ruft sie auf zu einer nationalen Grossdemo gegen die Regierungspolitik.

Dem CGIL-Chef Landini ist aber klar, dass der Kampf nicht allein in Italien gewonnen werden kann. Dass es die Zusammenarbeit der Gewerkschaften anderer Länder braucht. Er verspricht: «Wir werden unser Engagement über die Grenzen hinweg verstärken.» Und befördert die abtretende Camusso flugs zur «CGIL-Botschafterin», denn: «Der Slogan (Proletarier aller Länder vereinigt euch) ergibt auch heute noch Sinn!»



Nonstop arbeiten ist Nonsens. Sie haben Recht auf Freizeit. Wir beantworten gerne Ihre Fragen zur Zeiterfassung, zum Kompensieren von Überstunden sowie zur Work-Life-Balance.

www.service-arbeitszeit.ch

Eine der mächtigsten Frauen Italiens tritt ab

Frau Camusso, wohin steuert Italien?



Acht Jahre lang führte Susanna Camusso (63) die grösste Gewerkschaft Italiens und auch Europas. Jetzt tritt die CGIL-Chefin zurück. Nicht wehmütig, aber ziemlich besorgt um Italien.

MARIE-JOSÉE KUHN

work: Warum sorgen Sie sich so um Italien?

Susanna Camusso: Italien steuert nach rechts, aggressiv nach rechts, mit einem fremdenfeindlichen Drall und einer gehörigen Portion Nationalismus. Die Überzeugung gewinnt an Boden, dass die einzelnen EU-Länder ihre Probleme alleine lösen könnten, ja sogar, dass sie sie alleine besser lösen könnten. Die jetzigen Regierungsparteien behaupten, sie kümmerten sich um die sozialen Probleme. In Tat und Wahrheit kommen die ergriffenen Massnahmen vor allem den Reichen zugute, sie schaffen keine Arbeit und verbessern die Arbeitsbedingungen nicht.

Italien hatte einst eine starke und stolze Linke. Was ist passiert?

Die Arbeitenden fühlen sich als Verliererinnen und Verlierer der Globalisierung. Zu Recht, denn sie kamen heftig unter Druck: Arbeitsplatzabbau, Firmenschliessungen, Sozialabbau und harte Konkurrenz durch Arbeitnehmende aus anderen Ländern. Mehrere Regierungen, auch die Mitte-links-Regierung von Matteo Renzi, bliesen zum Angriff auf die Arbeitsbedingungen. Sie erliessen eine Serie von Gesetzen die von den Arbeitnehmenden als Schlag ins Gesicht empfunden wurden. Sie sahen ihre Renten und Löhne schrumpfen, ihre Gesamtarbeitsverträge, die nicht erneuert wurden, den Service public, der sich zugunsten von Privatisierungen zurückzog. Und plötzlich sahen sie keine Alternative mehr, keinen Unterschied zwischen den politischen Vorschlägen der Rechten und jenen von Mitte-links. Sie hatten nur noch das Gefühl, alle hätten sie während der Krise im Stich gelassen. Und es gebe für sie in diesem wirtschaftlichen Umfeld kein Auskommen mehr und kein würdiges Leben.

Was hat die Linke falsch gemacht? Die Linke hat vieles nicht verstanden. Was es für die Arbeitnehmenden bedeutet, wenn sie arbeitslos werden,

zum Beispiel. Was es heisst, keinen sicheren Arbeitsplatz mehr zu haben, und Kinder, die ihre Koffer packen und auswandern. Mitte-links hat sich ganz einfach von der Idee verabschiedet, dass die Sicherheit der Arbeitnehmenden der Mittelpunkt der Politik sein muss. Was für ein Wahnsinn!

Und die Gewerkschaften?

In Italien hat die Gewerkschaftsbewegung einen hohen Preis dafür bezahlt, dass sie die Arbeitsgesetze der Regierung Renzi nicht geeint bekämpft hat. Wir von der CGIL haben alleine gestreikt, später zusammen mit der Gewerkschaft UIL. Aber wir konnten nie zusammen mit der dritten grossen Gewerkschaft, CISL, agieren. Unsere Aktionen haben es uns zwar erlaubt, eine starke Bindung zu den Arbeitenden zu bewahren, doch sie wählten dann trotzdem die harten Rechten, einen Salvini. Die Arbeitenden bleiben zwar Mitglieder der CGIL, aber es ist schwierig, ihnen eine Alternative aufzuzeigen. Auch wenn sie beginnen, mit der aktuellen Regierung unzufrieden zu sein, sagen sie sich, dass diese wenigstens neue Köpfe präsentiere und dass die vorhergehenden Regierungen noch schlech-

In Italien herrscht ein rassistisches Klima, das ist auch für die Frauen gefährlich.

ter gewesen seien. Bis jetzt sehen wir bei den linken Parteien keinerlei Anstrengungen, darauf eine Antwort zu finden und eine neue Politik zu entwerfen.

Die Rechtsaussenregierung von Matteo Salvini greift jetzt auch die mühsam erkämpften Rechte der Frauen an. Lassen sich die Frauen das bieten?

Nein, die Frauen wehren sich. Im vergangenen Herbst gingen viele Frauen zur Verteidigung historischer Errungenschaften auf die Strasse. Zum Beispiel für das Recht auf Abtreibung. Trotzdem: In Italien herrscht derzeit ein rassistisches Klima, das von der Regierung geschürt wird, es herrscht eine gewalttätige Sprache, man ruft die Bevölkerung auf, sich zu bewaffnen und auf alles Fremde, auf den Feind, Jagd zu machen. So ein Klima ist auch für die

Frauen gefährlich. Denn sie sind ja eine klassische Zielscheibe von Männergewalt. Das sehen wir bei all diesen Frauenmorden, die in Italien und anderswo verübt werden und in der Öffentlichkeit «Beziehungsdelikte» oder «Eifersuchtsdramen» genannt werden. Und wir sehen es in Italien auch bei diesem Gesetzesentwurf, der vorsieht, dass Frauen, die von ihren Männern geschlagen werden, mit diesen trotzdem das Elternrecht teilen müssen. Letzteres ist ein bemerkenswerter Rückschritt in Italien. Und auch die Tatsache, dass nur sehr wenige Frauen in der jetzigen Regierung vertreten sind.

Und wie steht es in Italien mit der Lohngleichheit?

Lohngleichheit haben wir in Italien nur auf dem Papier. Im privaten Sektor herrscht ein Lohnunterschied von etwa 18 Prozent. Zum Teil ist das auch die Folge davon, dass sogenannte Frauenberufe weniger gut von Gesamtarbeitsverträgen abgedeckt sind. Kommt dazu, dass die unfreiwillige Teilzeitarbeit bei uns derzeit stark wächst: Die Frauen sind gezwungen, weniger zu arbeiten, als sie möchten, und haben daher einen tieferen Lohn. Im öffentlichen Sektor ist die Lohndiskriminierung etwas weniger gross.

Sie haben es als eine der wenigen Frauen ganz nach oben geschafft, an die Spitze der grössten Gewerkschaft Italiens. Das war sicher nicht ganz einfach, oder?

Nein, denn ich war die erste Generalsekretärin in der Geschichte der CGIL. Meine Familie war links geprägt, und ich glaube bis heute, dass Arbeit der Motor ist, der alles am Laufen hält. So war es für mich nur logisch, dass ich nach dem Studium in die Gewerkschaft ging. Nach oben kam ich dort auch deshalb, weil es bei der CGIL viele starke und aktive Frauen gibt, und dank unserem Antidiskriminierungsverbot für alle Gewerkschaftsorgane. Es besagt, dass kein Geschlecht mehr als 60 Prozent der Stellen besetzen darf. Das macht, dass wir in vielen Berufssektoren und Regionen Generalsekretärinnen haben. Doch auch in unserer Organisation gibt es Rückschritte: mein Nachfolger ist ein Mann (siehe Spalte links, Red.).

Mitarbeit: Anna Luisa Ferro

SUSANNA CAMUSSO AUFWÄRTS-SEGLERIN

Susanna Camusso kam 1955 als vierte von vier Schwestern in Mailand zur Welt. Ihr Vater arbeitete in der Gemeindeverwaltung, ihre Mutter als Psychologin: «Wir hatten ein Haus voller Bücher», sagt sie.

AKTIV. Als Studentin (der Altphilologie) engagiert sie sich in der Studentinnen- und Studentenbewegung und verteilt Flugblätter vor den Fabriktoren. Ist auch aktiv in der Frauen- und der Gewerkschaftsbewegung. Mit 22 wird sie Chefin der Lokalsektion der Metallgewerkschaft in Mailand, dann der ganzen Region Lombardei. 2008 geht die



METALLER-CHEFIN: Susanna Camusso 1981 in Mailand.

passionierte Seglerin und Mutter einer Tochter nach Rom und zur grössten Gewerkschaft Italiens und Europas, CGIL, die 5 Millionen Mitglieder hat. 48 Prozent sind Frauen. 2010 wird Camusso deren Generalsekretärin. (mjk)



Frauenstreik 2019: Alle Gruppen, Regionen und Infos auf einen Blick

Der Frauenstreik im Netz

In der ganzen Schweiz laufen die Vorbereitungen für den Frauenstreik am 14. Juni. Eine Website schafft Überblick.

PATRICIA D'INCAU

Laut, bunt und kreativ war der Frauenstreik 1991. Und so soll er auch 2019 werden. Die nationale Streik-Website macht's jetzt schon vor: das Lila knallig, die Bilder poppig, der Slogan sec: «Gleichberechtigung. Punkt. Schluss!»

Ein starker Auftritt für starke Forderungen: Neunzehn davon sind auf der Website www.frauenstreik2019.ch aufgeführt. Darunter Lohngleichheit und anständige Renten. Aber auch: Respekt vor dem (weiblichen) Körper und das Ende von sexueller und rassistischer Gewalt. Die Forderungen sind Teil eines ausführlichen Streikmanifests, das ebenfalls online ist.

MINISTREIKS

Entstanden ist die Seite überregional: angestossen von den Westschweizerinnen, umgesetzt von Mediengewerkschafterin Anja Dräger in Zürich. Fast alle Inhalte stehen auf deutsch und französisch zur Verfügung. Das Streikmanifest gibt's ausserdem auch auf italienisch. Leider

etwas versteckt, weil sich die Seite noch nicht nach Sprache filtern lässt.

Wer Infos zum Frauenstreik in einer bestimmten Region sucht, wird unter «Komitees» fündig. Fünfzehn kantonale Streikgruppen sind dort aktuell aufgelistet. Das sind mehrere Hundert Frauen in der ganzen Schweiz, die jetzt schon für den Streik aktiv sind: Die Aargauerinnen tüfteln Streikideen aus, die Walliserinnen treffen sich zum Stammtisch, die Tessinerinnen organisieren feministische Kulturanlässe, und die Genferinnen laufen sich warm mit Ministreiks am 14. jedes Monats.

Und wer sich fragt, was denn mit den Männern sei: Auch die können sich melden. Entweder über die nationale Plattform oder direkt in den Regionen. Erste Unterstützer haben sich dort bereits zusammengetan, zum Beispiel in Bern.

Neben einer «Tour de Suisse» gibt's auch einiges fürs Auge. In der Bildergalerie findet Frau ein herrliches Potpourri feministischer Kämpfe. Schnappschüsse von der letzten Frauendemo gibt es dort genauso wie Schwarzweissaufnahmen aus dem frühen 20. Jahrhundert. Diese Fotos sind in erster Linie zum Anschauen gedacht. Wer sie für eigene Zwecke brauchen möchte, sollte

zuerst die Nutzungsrechte abklären. Eine besondere Perle ist der Kurzfilm «Der Aufstand gilt dem Patriarchat». Ein zweiteiliger Dok-Beitrag zum Frauenstreik 1991. Für den Motivations-Kick zwischendurch gibt's ausserdem das Youtube-Video «Für einen schweiz-

weiten Frau-

enstreik 2019».

Filmchen fin-

det man nur

beiden

Die

Ein starker Auftritt für starke Frauenforderungen.

bei ausgiebigen Stöbern.

Dazu lädt die Seite allemal ein. Wer aber nach einem ganz bestimmten Inhalt sucht, sollte vorerst noch etwas Zeit einplanen.

RECHTLICHES UND STARTHILFE

Unter «Kampagnenmaterial» findet Frau Plakate und Flyer, die sie herunterladen und zu Hause gleich selber ausdrucken kann. Dank ehrenamtlichen Übersetzerinnen stehen die Texte aktuell in 11 Sprachen zur Verfügung, darunter Portugiesisch, Spanisch, Türkisch und Polnisch.

Unter «Hilfe» soll es ganz praktische Unterstützung geben. Dieser Bereich ist erst noch im Aufbau, wird aber einer der zentralsten werden. Geplant ist ein «Werkzeugkasten» mit rechtlichen Informationen, etwa zum Gleichstellungsgesetz oder zur Frage: «Wie streike ich am Arbeitsplatz?». Seine Rechte zu kennen ist auch hier das A und O.

Schon online ist das Angebot vom Verein Netzcourage. Er unterstützt Personen, die im Internet Zielscheiben von Hasskommentaren werden. Mit Soforthilfe, Gratis-Beratungen und Rechtsauskünften.

Klar getrennt von juristischen Infos sollte die Seite auch konkrete Streikideen und praktische Tipps liefern. Das Magazin «Streik 2019 - vom Anliegen zur Aktion» macht hier einen Anfang. Schritt für Schritt wird erklärt, wie Frau Mitstreiterinnen findet, etwa am Arbeitsplatz. Dazu gibt es Merkblätter zur Gesprächsführung, ein kleines Argumentarium und eine Checkliste für die Vorbereitung von Aktionen. Siméon Seiler und Elisabeth Kuhn, beide langjährige Unia-Mitglieder, haben das Magazin ehrenamtlich geplant, geschrieben und gestaltet. Es ist ein hilfreicher Ratgeber für die Arbeit im (Betriebs-) Alltag - praxisnah und handlich.

Website: www.frauenstreik2019.ch Streikmanifest: rebrand.ly/frauen-manifest Streikmagazin: rebrand.ly/magazin Kurz-Dok Frauenstreik 1991: rebrand.ly/dok-teil-1 und rebrand.ly/dok-teil-2

worklxl der wirtschaft

Daniel Lampart



BVG-RENTEN SINKEN: JETZT MÜSSEN AHV-RENTEN RAUF

Die Pensionskassenrenten in der Schweiz sinken. Seit 2005 gingen sie real um fast 9 Prozent zurück. Besonders stark war dies in den letzten drei, vier Jahren. Einerseits haben fast alle Kassen ihre Umwandlungssätze gesenkt. Weil die Zinsen infolge der Finanzkrise auf null gesunken sind. Andererseits haben die heutigen Neurentnerinnen wegen tieferen Zinsen oft geringere Altersguthaben. Zehn Jahre nach Beginn der Finanzkrise müssen die Neurentner in der Schweiz feststellen: Die Krise hat nicht nur bei Privathaushalten in Italien und Spanien zu sinkenden Einkommen geführt, sondern auch bei uns. Obwohl die Schweiz so reich ist wie noch nie und die Wirtschaft wächst. In der Politik ist diese sozial besorgniserregende Entwicklung noch nicht angekommen.

Im Gegenteil: Für die Schweizer Wirtschaftselite hat die zweite Säule nur ein Problem: Sie behauptet, die Jungen müssten heute für die Älteren

zahlen. Deshalb müssten die Renten weiter sinken. Diese Ignoranz erinnert irgendwie an den «Weltwoche»-Artikel mit dem Titel «La crise n'existe pas», den der damalige Economiesuisse-Präsident und FDP-Politiker Gerold Bührer ausgerechnet am 16. Oktober 2008 veröffentlichte. Das war jener Tag, als der Staat die UBS mit Milliarden retten musste.

FALSCHE OPTIK. Die Behauptung, dass eigentlich die Jungen und nicht die Älteren unter der aktuellen Entwicklung bei den Pensionskassen litten, ist aus verschiedenen Gründen falsch. Die Jungen zahlen viel weniger in die zweite Säule ein als Berufstätige im Alter von 50 oder 55 Jahren. Weil die Beitragspflicht für einen grossen Teil von ihnen erst im Alter von 25 Jahren beginnt. Und weil die Beitragssätze für die älteren im Mittel etwas höher sind. Zudem haben die älteren Berufstätigen etwas höhere Löhne. Damit wird klar: Es sind vor

Die Pensionskassenrenten werden immer kleiner



allem Personen im Alter von 55 und mehr, die am stärksten unter der heutigen Pensionskassenkrise leiden. Sie müssen immer höhere Beiträge zahlen. Gleichzeitig werden sie spürbar tiefere Renten haben. Eine Umfrage des SGB bei 42 Pensionskassen mit 775 000 Versicherten zeigt beispielsweise, dass der mittlere Umwand-

lungssatz auch 2019 von 5,8 auf 5,6 Prozent weiter sinken wird. Für dieses Problem gibt es eine wirksame Lösung: höhere AHV-Renten. Davon profitieren insbesondere die unteren und mittleren Einkommen.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Kongress 2020

Demokratie, auch in der Wirtschaft

Wer an politischen Zukunftsfragen interessiert ist, kann in der Agenda den 27. bis 29. Februar 2020 rot anstreichen. Dann findet nämlich die zweite Auflage des linken Kongresses «Reclaim Democracy» statt. Diesmal in der Roten Fabrik in Zürich. Der erste Kongress ging vor zwei Jahren in Basel über die Bühne, organisiert vom linken Think-Tank «Denknetz». Die Bilanz ist positiv: 1800 Interessierte nahmen damals teil und dis-



kutierten anhand von Referaten die Frage, wie man eine starke De-

mokratie sichern kann, in der die Menschen ihre Verhältnisse auf allen Ebenen selbst gestalten können. Inklusive Wirtschaft und Arbeitswelt. Die Referate und Debatten sind auf der Website des Kongresses nachzulesen.

www.reclaim-democracy.org www.denknetz.ch

Industrie-Frauentreffen

Für Lohn und Streik

Auftakt zum Frauenstreik auch bei der Unia Industrie: Der kommende 14. Juni ist eines der Hauptthemen an der Industrie-Frauenkonferenz vom 8. Februar. Teresa Matteo stellt die Aktivitäten der Unia für den Frauenstreik vor. Bei zwei Referaten wird die Lohngleichheit im Zentrum stehen: Die Ärztin Natalie Urwyler berichtet über ihren Kampf um gleichen Lohn, und Gewerkschafterin Brigitte Martig klärt über die Umsetzung der Lohngleichheit bei Novartis auf. Ausserdem stellt Anwältin Gabriella Wennubst ein neues Buch über Mobbing und Belästigung vor.

Industrie-Frauenkonferenz der Unia, Freitag, 8. Februar, 9 bis 15 Uhr. Unia-Zentralsekretariat, Bern. Anmeldung an: industrie@unia.ch.

Rosa Luxemburg **«Ich werde sein»**

work-Leserinnen und -Leser kennen Rosa Luxemburg, die vor hundert Jahren ermordet wurde (siehe «Jetzt rede ich», work vom 18.Januar). Wer sich vertiefter mit dem unabhängigen Denken der revolutionären Sozialistin auseinandersetzen möchte, findet lesenswerte Beiträge in einem neuen Dossier sowie in einem Buch der deutschen Rosa-Luxemburg-Stiftung. Renommierte Autorinnen und Autoren wie Tove Soiland, Drucilla Cornell, Frigga Haug oder Alex Demirović loten die Aktualität ihres vielfältigen Denkens aus. Rosa Luxemburg hat uns auch für die Gegenwart noch viel zu sagen, etwa über Nationalismus, die radikale Rechte und über revolutionäre Hoffnungen. Luxemburgs Vermächtnis überdauert wie jenes von Karl Marx.



Ich werde sein, Dossier, und Rosa Remix, Buch. Gratis-Download der PDF auf www.rosalux.de



Pensionierung: Erhalte ich keine Taggelder mehr?

Ich hatte im Januar 2018 einen Unfall. Deshalb erhielt ich von der **Unfallversicherung Taggelder. Letzten** November hat mir die Unfallversicherung mitgeteilt, dass sie die Taggelder nicht mehr bezahle, weil ich im Dezember 2018 pensioniert werde. Ist dieses Vorgehen korrekt?

MYRIAM MUFF: Nein. Weder das Erreichen des AHV-Alters noch das eigentliche Datum der Pensionierung ist ein Grund zur Einstellung von Unfalltaggeldern. Ihr Taggeldanspruch besteht weiter, sofern Sie die volle Arbeitsfähigkeit nicht wiedererlangt haben oder die Heilbehandlung nicht abge-



UNFALL: Solange Sie nicht vollständig geheilt sind, erhalten Sie auch nach der Pensionierung Taggelder. FOTO: ISTOCK

schlossen ist. Erst wenn die Heilbehandlung abgeschlossen und damit der sogenannte medizinische Endzustand erreicht ist, darf die Versicherung die Taggelder einstellen. Im Anschluss muss die Unfallversicherung dann einen allfälligen Rentenanspruch prüfen. Ich empfehle Ihnen deshalb, die Unfallversicherung per Einschreiben um weitere Taggelder zu ersuchen. Es kann sein, dass die Unfallversicherung an der Einstellung der Taggelder festhält. Dann müssen Sie sofort handeln, da die Einsprachefrist nur 30 Tage beträgt: Als Unia-Mitglied können Sie sich an die Beratungsstelle Ihrer Unia-Sektion wenden.

Unbezahlter **Urlaub:** Wer zahlt bei Krankheit?

Meine Chefin hat mir für dieses Jahr einen Monat unbezahlten Urlaub bewilligt. Sie hat mir eine Vereinbarung vorgelegt, wonach ich im Krankheitsfall während dieses Urlaubs keinen Lohnersatz erhalte. Da das Arbeitsverhältnis ja trotz dem unbezahlten Urlaub weiterläuft, verstehe ich das nicht. Muss mir mein Arbeitgeber nicht den Lohnausfall wegen Krankheit bezahlen?

MYRIAM MUFF: Nein. Es stimmt zwar, dass das Arbeitsverhältnis bei einem unbezahlten Urlaub weiterläuft. Unbezahlter Urlaub bedeutet allerdings, dass Sie während dieser Zeit keine Arbeitspflicht haben und Ihre Firma dementsprechend keine Lohnzahlungspflicht. Deshalb haben Sie auch keinen Anspruch auf Lohn, sollten Sie während des unbezahlten Urlaubs krank werden. Wenn Sie nach Ende des unbezahlten Urlaubs weiterhin arbeitsunfähig sind, muss Ihre Firma Ihnen den Lohn auf den Zeitpunkt der vereinbarten Wiederaufnahme der Arbeit wieder bezahlen. Liegt eine Kollektiv-Krankentaggeldversicherung vor, kommt es darauf an, was bezüglich des unbezahlten Urlaubs in den allgemeinen Versicherungsbedingungen geregelt ist. Allenfalls ist es notwendig oder zumindest ratsam, für die Dauer des unbezahlten Urlaubs eine private Einzeltaggeldversicherung abzuschliessen.

Lohnerhöhungen 2019: Die meisten Branchen knausern weiterhin

Treten an Ort, aber einige

Nur wenige Branchen und Firmen zahlen mehr als den Ausgleich der Teuerung. Manche sogar weniger.

MARTIN JAKOB

Der Kampf war zäh, aber er hat sich gelohnt. In der Baubranche gelang die Erneuerung des Landesmantelsvertrags: Damit ist der flexible Altersrücktritt gesichert, es gibt höhere Löhne für 2019, plus einen weiteren Anstieg 2020. Abgesehen

Für etliche bleibt beim Reallohn ein Minus.

von einigen weiteren guten Abschlüssen zum Beispiel bei den Schreinern -, bleibt die Lohnentwicklung aber unbefriedigend. Im besseren Fall wird

knapp die Teuerung ausgeglichen. Etliche Arbeitnehmende müssen einen Reallohnverlust hinnehmen: Sie haben zwar gleich viel oder etwas mehr in der Lohntüte als 2018, aber die Teuerung (nach Schätzung des SGB wird sie 2019 bei 0,5 Prozent liegen) und vor allem die wiederum höheren Krankenkassenprämien sorgen dafür, dass die Kaufkraft tiefer sein wird als im vergangenen Jahr.

NACHHOLBEDARF

Seit Anfang 2016 läuft die Schweizer Wirtschaft bäumig. Der Indikator der ETH, der den Geschäftsgang misst, hat in diesen drei Jahren eine steile Aufwärtskurve beschrieben. Fette Jahre für die Firmen - und trotzdem magere Jahre für die Arbeitnehmenden. Unia-Chefökonom Beat Baumann rechnet vor: «2018 sind die Effektivlöhne in den Gesamtarbeitsverträgen um 0,5 Prozent erhöht worden, gleichzeitig betrug die Teuerung aber 0,9 Prozent. Das heisst, die Arbeitnehmenden erlitten einen Kaufkraftverlust von 0,4 Prozent, und bereits im Jahr zuvor hatten die Reallöhne stagniert. Der Nachholbedarf ist erheblich!»

Harte Lohnverhandlungen stehen deshalb auch 2019 auf der Gewerkschaftsagenda: Die Löhne müssen substantiell steigen – insbesondere bei langjährigen Mitarbeitenden und bei den Frauen. Branchen mit vielen Gewerkschaftsmitgliedern haben dabei die besten Chancen. «Lohnverhandlungen sind auch eine Machtfrage», sagt Beat Baumann. «Der gute Abschluss im Baugewerbe zeigt, dass Arbeitnehmende, die sich organisieren, sich solidarisieren und für ihre Interessen einstehen, in Lohnverhandlungen Erfolge erzielen.»

BRANCHE	FIRMA/ARBEITGEBER	Löhne total	Löhne generell	Löhne individ.	Mindest- löhne	Bemerkungen
Bau & Bauindustrie	Bauhauptgewerbe (LMV)	1,4%	Fr. 80.–		Fr. 80.–	Gleiche Lohnerhöhung für 2020. Sicherung Rente mit 60. Erneuerung LMV.
	Betonwaren	1,0%	Fr. 35.–	Fr. 10.–		
	Gerüstbau	1,0%	Fr. 50.–		Fr. 78.– bis Fr. 100.–	
	Gleisbau	1,4%	Fr. 80.–		Fr. 80 (1,8%)	
The state of the s	Ziegelindustrie	0,8%	Fr. 40.–		Fr. 40.–	
	Reinigung Deutschschweiz				0,7-1,8%	
Gewerbe	Carrosserie	1,0%	0,4%	0,6%		
	Decken-/Innenausbau- systeme	0,8%	Fr. 40.–			
1	Elektrobranche VS	1,0%	Fr. 50.–		Fr. 33.–	
	Gartenbau VD				Fr. 27.50	
	Gebäudehülle (Deutsch- schweiz und TI)	1,2%	Fr. 40.–	Fr. 20.–	Fr. 100.– für Lernende	
	Gebäudetechnik	1,0%	0,4%	0,6%	Fr. 50.– bis Fr. 200.–	
	Isoliergewerbe	1,0%	1,0% bei Lohn bis Fr. 5625.–	1,0% bei Lohn über Fr. 5625.–		
	Marmor und Granit	1,0%	Fr. 50.–		Fr. 50.– für Gelernte	
	Metallbau	1,0%	1,0%		3,5%	
1000	Möbelindustrie Frauen	1,2%	0,6%	0,6%		
	Möbelindustrie Männer	1,0%	0,5%	0,5%		
	Orgelbau	0,6%	0,3%	0,3%		
	Schreiner	1,7%	Fr. 85.–		Fr. 85.–	
	Ausbaugewerbe Romandie	1,2%	1,2%			
Lebens-& Genuss- mittelindustrie	Lindt & Sprüngli					
1 LET 1	– Löhne bis Fr. 5000.–	1,0%	1,0%			
	– Löhne über Fr. 5000.–	1,0%	0,5%	0,5%		plus Prämie
	Fenaco	1,2%		1,2%		
	Ucifa (Cigarrenfabriken Zentralschweiz)	0,8%	Fr. 40.–		Fr. 50.–	Mindestlohn neu Fr. 4000.–
	Bäcker				1,0%	
	Metzger				Fr. 150.–	
Uhrenindustrie	Deutschschweizer Uhren- und Mikrotechnik- industrie (VdU)	1,2%	Fr. 65/ Fr. 0.38 pro h			
	Schweizer Uhren- und Mikrotechnikindustrie (CP)	1,2%	Fr. 65.–/ Fr. 0.38 pro h			kantonal unterschiedlich höhere Mindestlöhne

Oft essen wir importierte Brote, ohne es zu wissen

Unseren täglichen Teigling gib uns heute

Immer mehr Backwaren kommen aus dem Ausland. Nur merken wir das nicht, wenn das Brot, das Gipfeli und das Mütschli offen im Regal liegen.

MARTIN JAKOB

Das sind doch mal schöne Wachstumsraten. Innert zehn Jahren sind die Importe von ausgebackenem Brot um 161 Prozent gestiegen, jene von Teiglingen - das sind vorgefertigte Brote, die nur noch gebacken werden müssen - sogar um 181 Prozent. Das Schweizer Bäckergewerbe hingegen darbt. 2018 schlossen die Grossbäckerei Ritz in Laupen BE und Beck Keller in Zürich. Die Grossbäckerei Groba entliess in Brüttisellen ZH und Bern über die Hälfte ihrer Mitarbeitenden. Ein Minus von len sticht bei den 250 Stellen allein bei diesen drei grösseren Bäckereien, und bei den Kleinen der Branche machen lau-

fend Familienbetriebe still und leise den Laden dicht.

Dabei ist in den vergangenen Jahren ein wahrer Kult ums frische Brot entstanden. An den Tankstel-Zapfsäulen der Benzingeruch in die Nase – aber

kaum betritt man den Shop, umwehen einem die hefesauren Düfte aus dem Brotbackofen. In ihren Supermärkten haben die Grossverteiler Schaubäckereien installiert, in denen weiss gewandete Gesellen dekorativ Mehlstaub aufwirbeln: Frischer geht's nicht! «Handgemacht und frisch vom Beck», rühmt sich

auch Lidl und nennt auf seiner Website als Beispiel für seine Bezugsquellen eine Bäckerei aus Grenchen SO. Aber: Bei den Billiganbietern

> der Migros-Tochter, dem Denner, stammt iedes dritte ihrer Frischbackbrote aus dem Ausland. Migros und

Aldi, Lidl und



Coop produzieren zwar die meisten Brote selbst, aber auch sie beziehen einige Sorten zum Beispiel Pumpernickel, gewisse Toastbrote oder Aufbackbrötli – aus dem Ausland.

KNALLHART GERECHNET. Für den massiven Anstieg der Importe verantwortlich ist, man ahnt es, der tiefere Preis der Importware. Die inländische Getreideproduktion ist durch hohe Zölle auf der Einfuhr

Lichtblicke

BRANCHE	FIRMA/ARBEITGEBER	Löhne total	Löhne generell	Löhne individ.	Mindest- löhne	Bemerkungen	
Chemie / Pharma	Roche	1,2%		1,2%		per 1.4.2019	
	Syngenta	1,3%		1,3%			
MEM-Industrie	KWC Franke Water Systems AG	0,8%	Fr. 50.– bis Lohn Fr. 7500.–		1,2%	automatischer Teuerungsausgleich auf Mindestlöhnen (GAV MEM)	
	Afag Automation	1,8%	Fr. 100.– mind.		1,2%		
	Amcor Flexibles	1,4%	Fr. 65.–	0,2%	1,2%		
	Bucher	1,5%		1,5%		Einmalprämie Fr. 1500.– bis Fr. 3000.–	
	Georg Fischer, Nidau und Luterbach	0,8%		0,8%			
	Scintilla	1,3%	0,65%	0,65%			
	Steeltec Emmenbrücke	1,4%	0,5%	0,9%		Bonus Fr. 500.– für alle	
	Vetropack	1,2%	Fr. 42.–		1,2%	Schichtzulage + Fr. 20.–	
	Siemens Building Technologies	1,0%		1,0%	1,2%	+ 1 freier Tag	
	Bosch Packaging	0,8%	Fr. 40.–		1,2%		
	Reishauer Wallisellen		Fr. 40.–		1,2%		
Energie	EWB Bern	1,5%	0,6%	0,9%	1,2%	Mindestlöhne gemäss GAV MEM	
Dienstleistungen	Соор	1,0%		1,0%		Lohnergebnis von Gewerkschaften abgelehnt	
	Migros	0,5–1%		0,5–1%		je nach Genossenschaft	
	Elvetino AG	1,2%	Fr. 50.–		Fr. 40.–	GAV 2018–2022, Teuerung bis 1% abgedeckt	
A STATE OF THE PARTY OF THE PAR	Gastgewerbe (L-GAV)				1,0-1,3%		
	Coiffure				1,3-5,3%	Erhöhung Mindestlöhne gestuft nach Erfahrungsjahren	SHULLERSTOCK (I), IZSKF (I)
	Buchhandel				1,0%		(T) U
	Personalverleih				1,3-2,2%		IERSIO
Verkehr Verkehr	SBB	0,8%		0,8%		keine Lohnverhandlungen wegen Stabilisierung Pensionskasse SBB	PIXADAI (4), orioi
	BLS	0,9%				0,7% plus höhere Nebenleistungen	FOLOS: COLOURBOX (I), FOLOLIA (Z), PIXABAY (4),
	Swiss, Bodenpersonal	1,9%	Fr. 80.–	0,6%			T) VAG
	Gate Gourmet	0,7%	0,7%				OLUCIA
	Cargologic	0,8%		0,8%		VPOD lehnt Ergebnis ab	70103.0

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



WEG MIT PRIVATSACHEN. Um auf dem PC Daten unwiederbringlich zu löschen, reicht die einfache Papierkorbfunktion nicht aus. FOTO: FOTOLIA

So löschen Sie auf dem PC persönliche Daten

Wenn Sie Ihren alten PC verkaufen oder entsorgen wollen, sollten Sie zuerst alle persönlichen Dateien wie Fotos oder Dokumente von der Festplatte löschen. Normalerweise löschen Sie Dateien, indem Sie sie in

den Windows-Papierkorb legen.
Doch diese Dokumente lassen sich
oftmals wiederherstellen. Es reicht

Es reicht nicht, die Festplatte neu zu formatieren.

auch nicht, die Festplatte neu zu formatieren. Daher müssen Sie die Daten vollständig löschen.

Bei dem weit verbreiteten Betriebssystem Windows 10 klappt das ohne Zusatzsoftware. Und so funktioniert es:

ZUERST SICHERN. Kopieren Sie zunächst alle Dateien, die Sie behalten wollen, auf eine externe Festplatte. Von dort aus lassen sie sich später auf einen neuen PC speichern. Anschliessend öffnen Sie mit der Tastenkombination «Windows-Taste» + «i» das Einstellungsfenster. Hier wählen Sie «Update und Sicherheit» und am linken Rand «Wiederherstellung». Klicken Sie dann der Reihe nach auf «Los geht's», dann auf «Alles entfernen», auf «Dateien entfernen und Laufwerk bereinigen» und schliesslich auf «Zurücksetzen».

Jetzt sind alle Daten so gelöscht, dass sie nicht mehr wiederhergestellt werden können. Verschwunden sind auch alle Programme, die Sie nach dem PC-Kauf installiert haben. MARC MAIR-NOACK

die Löhne sind im Ausland tiefer. Da ziehen die knallharten Rechner bei den Grossverteilern und Discountern kühl die Auslandware vor – der besseren Marge zuliebe.

sche Konkurrenz geschützt. Da kann sich der Bauer ins Fäustchen lachen. Die Bäcker hingegen müssen mit den hohen Rohstoffpreisen leben – und

BEWUSST EINKAUFEN. Wer beim Einkauf einheimische Brote bevorzugen möchte, hat's bei verpackten Broten eigentlich nicht

Schweizer Bäcker zahlen mehr fürs Mehl.

von Weizen gegen ausländi-

können mit den Tiefpreisen der ausländischen Brotindustrie nicht mithalten. Denn auf fertige Brote oder Vorprodukte wie Teiglinge gibt es keine Schutzzölle, und auch

schwer: Neben den Zutaten muss auch die Herkunft schriftlich deklariert sein. Und ob das Brot aus Teiglingen aufgebacken oder von einer Bäckerei angeliefert worden ist.

Bei Offenware hingegen gelten nur lasche Vorschriften. Es genügt schon, wenn das Verkaufspersonal auf Anfrage Auskunft über Zutaten und Herkunft gibt. In der Migros stehen bei Broten im Offenregal die entsprechenden Informationen auf der Rückseite des Preisschildes.

Brot ist zwar Geschmackssache, Brotkauf aber ein handelspolitischer Akt: Wer Schweizer Produkte bevorzugen will, liest also die Deklarationen, fragt das Personal – und hält seinem Beck ums Eck die Treue!

DIE ALTERNATIVE SELBER BACKEN

Sie wollen ganz sicher sein, woraus Ihr Brot besteht und wie es entstanden ist? Backen Sie es selbst! Zum Einstieg gut geeignet sind die Rezepte für Bio-Brote von Angelika Kirchmaier, die sogar ohne Knetmaschine funktionieren.

Angelika Kirchmaier: Unser Brot. Gesund, schnell, einfach mit der Gabelmethode. Kneipp-Verlag, ca. CHF 36.90.

Fehlerhafte Serafe-Rechnungen Richtig reklamieren

Die Umstellung zur neuen Radio- und Fernsehgebühr läuft nicht überall rund. So reagieren Sie bei Fehlern.

Seit Anfang Jahr ist nicht mehr die Billag für den Versand der Gebührenrechnung zuständig, sondern die Serafe, und das Gebührenobligatorium ist noch strenger geworden (siehe work vom 18. Januar). Teilweise sind nun fehlerhafte Rechnungen versandt worden.

RECHNUNGSFEHLER. Die meisten Haushalte haben eine Rechnung über einen Teilbetrag der Jahresgebühr von 365 Franken erhalten. Das ist im Zuge des Systemwechsels so vorgesehen und kein Fehler. Wollen Sie sich hingegen von der Gebühr befreien lassen, weil Sie Ergän-

zungsleistungen beziehen oder über keinerlei Empfangsgeräte verfügen, müssen Sie dies bei Serafe neu beantragen, auch wenn Sie aus einem der genannten Gründe schon bisher keine Gebühr bezahlt haben. Gehen Sie dabei nach der Anleitung im Flyer vor, der jeder Rechnung beiliegt.

ADRESSFEHLER. Auch bei fehlerhaften Adressangaben ist neu die Serafe Ihre Anlaufstelle, nicht – wie auf der Rechnung vermerkt – Ihre Einwohnerkontrolle. Notieren Sie deshalb die Adresskorrektur auf der Rechnung und senden Sie sie an die Serafe zurück, sie muss Ihnen eine neue, korrekte Rechnung zustellen. Bis zum Erhalt der neuen Rechnung ruht die Mahnfrist. (jk)

work**rätsel** Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel FloraAlpina Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR.1 Das Lösungswort lautete: LANDESSTREIK

	F		G		S	U			٧			Α				Α		
	Ε	M	I	R	Α	T		R	Ε	C	Н	S	T	Ε	Ι	N	Ε	R
Q	U	Α	L		Ε	Т		U	N	T	Α	Т		T		R	Α	R
	D		Ε	Τ	N	L	Α	G	Ε		Ι		L	Ε	M	U	R	
В	Α	Н	T		F	Ε		В		В	R	Α	U	S		F		Е
	L		S		T		В	Υ	T	Ε			G		R	Ε	S	T
		Ε		H	Ε	G	Ε			R	Α	H		Α	0	R	T	Α
L	Α	S	S	0			Α	U	S	G	L	Ε		C	Н		Α	Р
Α	В	T		S	T	Α	R	R			L	U	X		R		Ε	Р
	Е	Ε		Е	U			L	Р		Е	L		P	Ε	N	N	Е
	R		S		T	G	۷		R	0	S	Ε	D	0	R		D	
П	M	Α	М		S	Е		R	0	Н		R		L		S	Ε	W
	Α	L	Α	D	I	N			М	0	В		P	I		Н		0
	L	Ε	S	Ε		0	S	S	I		U	N	T	Ε	R	Α	Α	R
	S	C	Н	M	Α	U	S		S	G	В		T	R	Α	G		K

DEN PREIS, eine Übernachtung im Hotel Belvedere in Grindelwald BE, hat gewonnen: Maria Stammler, Zug. Herzlichen Glückwunsch!

dafür kämpft die Unia	Achse im Koordi- naten- system	•	Laub- baum	ital. Tomaten- sauce	•	engl. Flächen- mass	Laub- bäume	Abk.: Tisch- tennis	•	israel. Autor (Amos)	Wermut- brannt- wein	•	Auto- mobil- club der Schweiz	Ausruf	Pfeil- wurf- spiel	Abk.: Ess- löffel	Ostger- manin	•
•	•	9		V			V	V		span. Ausruf	Unia- Event im Sommer 2018	•		V	V	V		
eh. dt. Staat (Abk.)			hoch- betagt	-	12				norweg. Autor † 1906 (Henrik)	•	langes Halstuch	•					Königs- sohn	
-			nicht gegen			noch dazu		Marder- art	-			5		dunkles engl. Bier		Kreis- berech- nungs- zahl	-	
Kurzmit- teilung (Kw.)	-		•		Südost- euro- päer	>			3		Scheren der Schafe		Him- mels- körper	-			2	
grosses afrikan. Gebiet		grosse Wiesel		russ. Strom	-			dt. Kom- ponist † 1916 (Max)		jeder- zeit	-					alberner Streich		Saucen zum Ein- tunken
-		•	11		Klein- geld (ugs.)		begütert	-					Fuss- ball- begriff		plus	-		V
Strom durch Gerona (Span.)	-			pinseln, streichen	>	1				Obst- saft		neue work- Kolum- nistin	>					
männl. Fürwort	•		unver- dünnt	-			Sitz der Unia		Wahrzei- chen v. Schaff- hausen	\					Pfiff, Schwung		Krank- heit, Plage	
inner- schweiz. Volks- tanz	äus- serste Grenze		Frage- wort	zum Alter- tum ge- hörend		ehe	>	4				Schlitten der Samen		Ader- schlag	-		V	
•	•		•	V	7				Sätze beim Tennis (engl.)		und Betreu- ung	*			8			Ver- langen
histor. Städt- chen im Kt. GR	•					Mutter der Nibe- lungen- könige		kleinste Schmutz- partikel	-					Abkoch- brühe		ital. Artikel	-	V
Dung	10				Frosch- lurch	>				Fenster- schei- ben- material	-			V	dt. Partei	>		
aktuell	•		kaufm.: Bestand	-			Tennis- verband (Abk.)	>	6		intelli- gent, gewitzt	•				Internet- kürzel Spanien	>	
wert- volle Holzart	-				Tier- produkt	-		wenn, dann	-						Vorsilbe	-		

 1
 2
 3
 4
 5
 6
 7
 8
 9
 10
 11
 12

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 8. Februar 2019

NSERAT

13. Oltener Diskussionstagung

Gewerkschaften in Europa – Starke Arbeitnehmerrechte gegen Nationalismus!

- Wie können wir die Ungleichheit und den Aufstieg des Rechtsextremismus bekämpfen?
- Wie wehren wir uns gegen Angriffe auf die Löhne und Arbeitsbedingungen?
- Was heisst konkrete Solidarität zwischen den Gewerkschaften in Europa?

Mit Beiträgen von:

Sophie Bose, Sozialwissenschaftlerin, Universität Jena (Deutschland)
Rudy de Leeuw, Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)
Olivier Röpke, Leiter des Europabüros des ÖGB und Vorstandsmitglied EGB
Pierre-Yves Maillard, künftiger Präsident SGB
Vania Alleva, Präsidentin Unia

Die Tagung steht den Unia-Mitgliedern und -Vertrauensleuten, Gewerkschaftsmitarbeitenden und weiteren Interessierten offen. Mittagessen inklusive.

Informationen und Anmeldung: www.unia.ch





Auf der Vitamin-Baustelle

WANN 18. Januar 2018 **W0** Biel

WAS Eine Bauarbeiterfigur auf einem Apfel **Eingesandt von Andrea Steiner, Biel**

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.

Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 1 / 18.1.2019: «DIE REVOLUTION IST GROSSARTIG, **ALLES ANDERE IST QUARK!»**

Zu intelligent

Sie war zu intelligent für dieses Jahrhundert. Schade, jetzt wäre sie gut für uns. Rosa, wir werden dich nie vergessen.

ERIKA GYGAX, VIA FACEBOOK

Reich an **Erkenntnis**

Ich lese die «Interviews mit Toten» im work immer sehr gerne. Die Montage der Originaltexte mit aktuellen oder persönlichen Fragen könnte auch schiefgehen. Aber bis jetzt ist es work immer gelungen, aus dieser Technik sowohl Unterhaltung also auch Erkenntnis zu generieren. Wichtig - und genauso sorgfältig gemacht - sind jeweils die ergänzenden Artikel. Der grosse Schweiz-Bezug der Luxemburg war mir bisher so nicht bekannt, und

die Biographie war trotz der relativen Kürze ebenfalls erkenntnisreich.

SONJA ZÜRCHER, PER MAIL

Gewagt und gewonnen

Tote zu interviewen ist schwierig, besonders diffizil aber ist es bei einer Frau, die ermordet wurde. Da könnte man leicht abstürzen. work ist auf dem Drahtseil geblieben. Chapeau!

WERNER STOCKER, PER MAIL

WORK 1/18.1.2019: AN DIESER GEBÜHR FÜHRT (FAST) **KEIN WEG VORBEI**

Steuern statt Gebühren

Ich würde es ja vorziehen, die Radiound Fernsehgebühren und die Krankenkassenprämien würden

über die Steuern eingezogen, mit Progression. Jetzt, wo fast alle Schweizerinnen und Schweizer die neuen Gebühren zahlen müssen, wäre vielleicht eine entsprechende Initiative aus der linken Küche erfolgreich?

PETER SCHÖNBUCHER, KRIENS LU

WORK 1 / 18.1.2019: BÄRTSCHI-POST: DIE BRIEFTRÄGERIN UND DIE **BETREIBUNGEN**

Direkt aus dem

Gratulation zur neuen Kolumne von Katrin Bärtschi. Diese Briefträgerin schreibt direkt aus dem Leben eines arbeitenden und dabei denkenden Menschen. Ich gespannt auf die weiteren Folgen.

SILVA CAMENZIND, PER MAIL

WORK 1 / 18.1.2019: IMMER MEHR HABEN IMMER WENIGER GELD IM PORTEMONNAIE

Keine Umwege

Die AHV plus-Initiative ist leider abgelehnt worden. Die Propaganda der Versicherungs- und Bankenlobby hat bei einer Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verfangen. Dass die Gewerkschaften trotzdem nicht lockerlassen und weiter für einen Ausbau der AHV kämpfen, ist wichtig. Schliesslich brauchte es auch bis zur Einführung einige Anläufe. Und je mehr die Leute merken, dass die Pensionskassen im wesentlichen nur die Bank- und Versicherungsaktionäre reich machen, desto mehr wächst das Bewusstsein für die AHV wieder. Das Umlageverfahren der

AHV ist einfach genial, da macht unser Geld fürs Alter keine risikoreichen Umwege über die Finanzmärkte.

ELISABETH AFFENTRANGER, LUZERN

Gegensteuer

Die Rechten wollen die AHV weiter schwächen und die Leistungen abbauen. Gut, geben die Gewerkschaften da immer wieder Gegensteuer. Auch wenn die letzten Ausbauvorhaben nicht gelungen sind: «nid lugg laa» gewinnt!

DORLI KNECHT, KÖNIZ BE

Gute Idee

Die AHV muss stärker werden. Der Weg über eine 13. Rente ist einleuchtend. Eine gute Idee, die der SGB rasch in eine gute Initiative giessen soll. Denn auch wenn die Rechten bei der AHV Zeter und Mordio schreien, ist es einfach so: die AHV ist die günstigste Altersvorsorge.

MORITZ GERBER, BERN

WORK 1/18.1.2019: KÜNZI STREIKT: FÜR GLEICH LANGE WÜRSTE!

Witzig und sehr klug

Es ist ja nicht einfach, zum Thema Gleichstellung so zu schreiben, dass es sich neu liest. Das ist Sandra Künzi mit ihrer Kolumne im work wunderbar gelungen. Sehr witzig und sehr klug.

DORE HEIM, SGB-ZENTRALSEKRETÄRIN

WORKFRAGE VOM 18.1.2019

Haben Sie noch Vertrauen in das **BVG-System?**

LEHRSTÜCK

Das BVG ist ein Lehrstück, wie die Finanzlobby mit Hilfe einer Mehrheit von «korrupten» Politikern die Arbeitnehmenden über den Tisch zieht. Ähh - korrupte Politiker gibt es in der Schweiz ja bekanntlich nicht, die heissen irgendwie anders.

PAUL BIND, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

DIE BANK GEWINNT IMMER

Das Problem mit der Pensionskasse liegt im System. Von Links gab es genug Warnungen vor der Einführung. Leider liessen sich viele blenden von den Renditeversprechen und wollten – wenn auch nur über Mittelsmänner – im Börsencasino mitspielen. Aber wie es eben so ist mit Casinos: am Ende gewinnt immer die Bank. Deshalb: bauen wir die AHV aus - und zwar kräftig!

CARLA RICCI, PER MAIL

UMBAU WIRD SCHWIERIG

Im Unterschied zur solide und solidarisch finanzierten AHV (Umlageverfahren) ist die zweite Säule risikoreich und teuer. Und viel zu viel Geld landet in der Finanzindustrie. Aber jetzt haben wir das System nun mal. Gar nicht so einfach, da wieder rauszukommen! Mögliche Wege zu finden wäre eine verdienstvolle Aufgabe für die besten fortschrittlichen Ökonominnen und Ökonomen.

MAX EICHENBERGER, BASEL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern



Wie gut sind Sie?

Bundesrat I:

Ignazio Cassis ist unser

a) Minenminister? b) Glencoreminister?

c) Arbeitgeberminister?

d) Aussenminister?



Bundesrat II:

Ueli Maurer ist unser a) Bolsonarominister?

b) Kashoggiminister?

c) Blocherminister?

d) Finanzminister?

Bundesrat III: Guy Parmelin ist unser

a) Weinminister?

b) Pannenminister?

c) Spesenminister?

d) Wirtschaftsminister?

Bundesrat IV: Wo streiken Gewerkschaften für die

28-Stunden-Woche?

a) Frankreichminister? b) Europaminister?

c) Präsident?

d) Das ist eine Fangfrage

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: pt :bs :bt :

Markus Guggisberg (52) und sein grünes Revier

«Wir pflanzen für die nächste Generation>>

Gärtner Markus Guggisberg hegt und pflegt das Grün entlang den Berner Flaniermeilen. Manchmal in schwindelerregenden Höhen.

LUCA HUBSCHMIED | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

In der Ferne präsentiert sich ein prächtiges Alpenpanorama, doch auf den Sitzbänken bei der Europapromenade, am Rand der kleinen Schanze in Bern, sitzt niemand, um es zu betrachten. Die kleine Allee ist abgesperrt an diesem sonnigen Wintertag. Auf langen Holzleitern steigen die Mitarbeitenden von Stadtgrün Bern in die Kronen der Bäume, um die laublosen Äste zu schneiden. Mit einem Klettergurt gesichert und einem weissen Helm auf den Kopf ist auch Markus Guggisberg (52) dort oben zu

IM TURNUS. An der moosüberwachsenen Rosskastanie, von der er heruntersteigt, glänzen die frischen Schnittflächen. Guggisberg erklärt: «Jeweils Ende Jahr geht's bei uns ans Bäumeschneiden, diese Bäume hier werden alle zwei Jahre geschnitten.» Durch den Turnus sei sichergestellt, dass sie jeden Baum regelmässig einmal von oben bis unten kontrollierten und auf allfällige Schäden oder Gefahren reagieren könnten. Seit 27 Jahren arbeitet Markus Guggisberg bei Stadtgrün Bern oder der Stadtgärtnerei, wie die Abteilung früher hiess. «Ursprünglich habe ich Topfpflanzen- und Schnittblumengärtner gelernt, in der Gartenbauschule auf dem Oeschberg», sagt der gebürtige Niederwangener. «In der Zeit nach meinem Lehrabschluss mussten aber viele Topfpflanzen- und Schnittblumengeschäfte schliessen.» So kam Guggisberg zur Stadtgärtnerei. Mittlerweile kennt er einen Grossteil der Grünanlagen der Stadt Bern und zählt auf, für welche Strassenzüge, Parks und Flächen er und sein Team zuständig sind.

Seit 15 Jahren arbeitet Guggisberg als Vorarbeiter. «Als Polier bin ich für Planung und Koordination zuständig und auch verantwortlich für die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften», sagt er. «Das Ganze ist aber immer eine Teamarbeit», betont Guggisberg und zeigt hinter sich, wo seine Kollegen fleissig schneiden, aufräumen und Holz abtransportieren. «An einem sonnigen Tag wie heute macht das natürlich Spass», sagt er, «aber eigentlich bin ich nicht so der Wintertyp.» Die Arbeit im Frühling oder Sommer sei interessanter und abwechslungsreicher. Ein so heisser Sommer wie im letzten Jahr bringe ihn und seine Kollegen aber schon an die Grenzen. Guggisberg sagt: «Es zehrt ganz schön an der Substanz, den ganzen Tag lang in der brennenden Sonne zu arbeiten. Die Arbeit wird körperlich sehr anstrengend.»

5 JAHRE ROSENGARTEN. Guggisberg ist bei Stadtgrün Bern im Bereich der Grünflächenpflege angestellt, er und sein Team gehören zum Unterhaltskreis Innenstadt. Früher, noch im Unterhaltskreis Ost, habe er fünf Jahre lang nur den Rosengarten gepflegt. «Ich habe das gerne gemacht, aber nach ein paar Jahren begann mir die Abwechslung zu fehlen.» Im Kreis Innenstadt sei die Arbeit nun vielfältiger, meint Guggisberg: «Ich hab mich schnell eingelebt. Mein Team und ich sind insgesamt für 54 Anlagen zuständig, das ist quasi unser Revier hier.» Die Mitarbeitenden von der Grünflächenpflege sind fast jeden Tag draussen, trotzdem sei man vom Wetter abhängig, so Guggisberg: «Wenn's heute geregnet hätte, würden wir jetzt nicht Bäume schneiden. Das ist zu gefährlich.» Dann ist Improvisation gefragt: «Bei Schlechtwetter schneiden wir beispielsweise Sträucher oder pflegen Wildhecken.» Und wenn das Wetter ausnahmsweise kaum zum Aushalten ist, räumen sie auch mal den Stützpunkt auf.

80 LEBENSJAHRE. Das Interesse an den Pflanzen hat der ausgebildete Gärtner in all der Zeit nie verloren. «Ich mag Botanik sehr gerne und will immer wissen, wie die verschiedenen Pflanzen heissen. Das ist ein Steckenpferd von mir.» Im Kollegenkreis ist er als Botaniker

bekannt, «Ich bin schon ziemlich der Blüemeler und Pflänzeler», sagt Guggisberg

Mittlerweile ist es schon später Nachmittag, und die Arbeiten an den Bäumen sind fast fertig, alle Kronen sind auf eine einheitliche Oberhöhe begrenzt. Guggisberg erklärt: «Hier handelt es sich um eine historische Allee, die Bäume dienen als Begleitgrün zur Fläche, auf der man sitzen dreht sich um und zeigt auf eine kleine An-

panorama gesehen werden kann. Andere Alleen hingegen lassen wir frei wachsen.»

Während viele Arbeiten aus dem Alltag des Poliers kurzfristige Improvisation verlangen, sind andere für die Zukunft gedacht. Immerhin geht Guggisberg bei einem Baum von einer durchschnittlichen Lebensdauer von 80 Jahren aus: «Wir pflanoder flanieren kann.» Markus Guggisberg zen Bäume, die wir nicht wieder fallen se- hübsch aussehen, aber was dahintersteckt, hen. Jede Generation Gärtner setzt Bäume wissen viele nicht.»

wenn er Entscheide treffen müsse. «Wir machen in unserer Arbeit viel, was keinen unmittelbaren Effekt hat», sagt Guggisberg, «für andere Leute ist das manchmal schwer nachzuvollziehen. Da merken wir schon, dass unsere Arbeit nicht immer genug Wertschätzung erhält. Die Menschen freuen sich zwar, wenn die Grünanlagen



GITARRIST. «In meiner Freizeit gehe ich gerne an Konzerte», sagt Guggisberg und grinst, «am liebsten höre ich Metal, ich mag aber auch Blues und Rock'n' Roll.» Der Gärtner spielte früher selbst Gitarre in Bands, mittlerweile bleibt ihm neben Beruf und Familie aber kaum noch Zeit dafür. Auch privat ist Guggisberg fasziniert von Pflanzen und Botanik, geht gerne Pilze sammeln und pflegt den eigenen Garten in Frau-









SAFETY FIRST: Eine solide Ausrüstung für die ganzjährige Arbeit draussen ist Pflicht. Pflicht ist auch, dass die Gärtner den Helm anbehalten, wenn sie sich nur für kurze Wege ins Fahrzeug setzen.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.- im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus. Vorname/Name <u>Strasse</u> PLZ/Ort Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

 $\textbf{WORKIMPRESSUM} \ \text{work ist die Zeitung der Gewerkschaft} \ \ \textbf{Herausgeberin} \ \text{work, Gewerkschaft Unia} \ \ \textbf{Verlag und}$ Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach 272, 3000 Bern 15 Telefon Verlag und Redaktion 031350 24 18 Fax 031350 24 55 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch: Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau patriciadincau@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (stv. Chefredaktorin, Produktion), annesophiezbinden@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Anna Luisa Ferro, Federico Franchini, Luca Hubschmied, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler. $\textbf{Gestaltung/Layout} \ \ \textbf{Nina} \ \ \textbf{Seiler}, \ \textbf{ninaseiler@workzeitung.ch;} \ \ \textbf{Tom} \ \ \textbf{H\"{a}nsel} \ \ \textbf{Korrektorat} \ \ \textbf{Urs} \ \ \textbf{Remund}$ Sekretariat Mirka Grossenbacher (Mo-Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Mirka Grossenbacher, Telefon 031350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.-, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.- Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9-11.30 Uhr, Telefon 031350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 92416 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.